



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1965

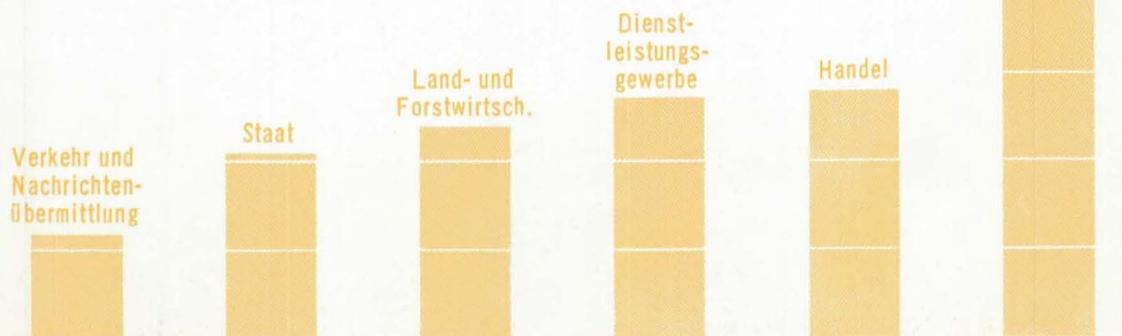
Grafik des Monats: Bundestagswahl 1965

Aufsätze: Nahrungs- und Genußmittelindustrie  
Schiffsbestand 1963  
Vermögensteuer 1963

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

Produzierende  
Gewerbe

## ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1964	1965	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt März bis Juli <sup>1</sup>			
<b>INDUSTRIE</b>					
Produktionsindex	1958 = 100	129	136	+	5
Beschäftigte <sup>2</sup>	1 000	172	178	+	3
Umsatz <sup>2 3</sup>	Mill. DM	655	730	+	12
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2 4</sup>	Mill. Std.	23	23	+	2
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	10,5	P 10,1	-	4
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 370	2 290	-	3
<b>HANDEL</b>					
Ausfuhr	Mill. DM	96,1	112,4	+	17
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	71,3	83,7	+	17
<b>VERKEHR</b>					
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 919	6 712	+	13
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958 = 100	97,8	100,3	+	3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	102,4	105,7	+	3
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte	1962 = 100	101,2	103,9	+	3
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	102,8	111,1	+	8
Lebenshaltung <sup>5</sup>					
insgesamt	1962 = 100	105,2	108,7	+	3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	105,1	109,0	+	4
<b>GELD UND KREDIT</b>					
Bestand an					
kurzfristigen Krediten <sup>6</sup>	Mill. DM	1 884	2 008	+	7
mittel- und langfristigen Krediten <sup>7</sup>	Mill. DM	4 898	5 578	+	14
Spareinlagen <sup>8</sup>	Mill. DM	2 489	2 885	+	16
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>					
Umsatzsteuer <sup>9</sup>	Mill. DM	46	49	+	8
Landessteuern <sup>10</sup>	Mill. DM	70	73	+	5
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	48	49	+	2
Lohnsteuer	Mill. DM	31	30	-	1

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": Februar bis Juni 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten  
 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Lehrlingsstunden 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 8) Bestand am Monatsende 9) einschl. Umsatzausgleichsteuer 10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

## INHALT 10/65

Aktuelle Auslese . . . . .	217
Aus dem Inhalt . . . . .	218
Aufsätze	
Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 1958 – 1964 . . . . .	219–227
Schiffsbestand 1963 . . . . .	230–233
Das Vermögen und seine Besteuerung 1963 . . . . .	233–240
Grafik des Monats . . . . .	228–229
Tabellenteil . . . . .	Beilage
Wirtschaftskurven B – Industrie – . . . . .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf dieser Einlage!

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 5/1965

300 Jahre Universität  
Wirtschaftsräumliche Gliederungen  
Krankenstand 1949 bis 1964

### Heft 6/1965

Berufspendler nach dem Zeitaufwand  
Betriebsstruktur im Gartenbau  
Strukturveränderung Handwerk  
Höhenlagen  
Vertriebene in der Wirtschaft  
Postleistungen 1964

### Heft 7/1965

Preisindex für die Lebenshaltung  
Einkünfte der Unternehmer  
Produktionsstruktur Erwerbsgartenbau  
Kapitalgesellschaften  
Einzelhandel 1964

### Heft 8/1965

Tuberkulose 1964  
Verdienststruktur gewerbliche Wirtschaft  
Konsumgenossenschaften  
Handwerksbetriebe nach der Rechtsform  
Betriebsgrundstücke im Handwerk  
Handwerkliche Nebenbetriebe

### Heft 9/1965

Unternehmen des Verkehrs 1962  
Beschäftigtenstruktur im Handwerk  
Wasserversorgung der Industrie  
Erzeugerpreise in der Industrie  
Kommunale Bauinvestitionen  
Wirtschaftliche Leistung 1964



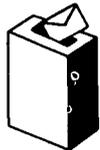
# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1965

## Aktuelle Auslese



### Bundestagswahl 1965

In Schleswig-Holstein waren für die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag 1,7 Mill. Personen wahlberechtigt, aber nur 1,4 Mill. (86,2%) haben gewählt. Die drei großen Parteien erhielten folgende Stimmen:

	Erststimmen		Zweitstimmen		
	in 1 000	in %	in 1 000	in %	dagegen 1961 in %
CDU	715	51	683	48	42
SPD	552	39	550	39	36
FDP	97	7	133	9	14

Schleswig-Holstein wird im 5. Deutschen Bundestag nach den vorläufigen Wahlergebnissen von 21 Abgeordneten vertreten sein; davon gehören 11 der CDU an, 8 der SPD und 2 der FDP. In den 11 Wahlkreisen wurden 10 Bewerber der CDU und 1 der SPD direkt gewählt; alle anderen Abgeordneten ziehen über die Landesliste in den Bundestag ein.



### Pkw je 1 000 Einwohner – Bundesdurchschnitt fast erreicht

Am 1.7.1965 gab es nach den Unterlagen des Kraftfahrt-Bundesamtes in Schleswig-Holstein rund 374 400 Personenkraftwagen, 43 500 (13%) mehr als Mitte 1964. Die Zuwachsrate für das Bundesgebiet betrug 12%.

Legt man die Relation Pkw je 1 000 Einwohner zugrunde, so zeigt sich, daß Schleswig-Holstein bereits 1964 den Bundesdurchschnitt fast erreicht hat.

1. Juli	Schleswig-Holstein Pkw je 1 000 Einwohner	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein in % des Bundesgebietes
1950	7	11	64
1960	75	82	91
1964	140	144	97
1965	154	157	98



### Gemüseanbau ist zurückgegangen

1965 wurden in Schleswig-Holstein nur knapp 9 000 ha Gemüse angebaut, 2 600 ha (23%) weniger als 1964 und fast 2 000 ha (18%) weniger als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre. Seit 1954 war die Anbaufläche nicht mehr unter 9 000 ha abgesunken.

Von den 9 000 ha waren 4 000 ha mit Kopfkohl, knapp 1 600 ha mit Grünen Pflückererbsen, 1 300 ha mit Buschbohnen und 800 ha mit Speisemöhren bestellt.



### Filmbesuch 1964 noch rückläufig

Nach Angaben der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. gingen die Einwohner des Bundesgebietes im Jahre 1964 durchschnittlich sechsmal ins Kino.

	Jährliche Filmbesuche je Einwohner in den Jahren		
	1959	1963	1964
Kiel	13,6	6,7	5,9
Lübeck	12,4	6,6	5,7
Bundesgebiet	12,1	6,5	5,7

# Aus dem Inhalt

## Nahrungs- und Genußmittelindustrie S. 219

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Schleswig-Holsteins waren im Jahre 1964 in 404 Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten durchschnittlich 26 000 Arbeiter, Angestellte und Inhaber beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten ist in dieser Industrie überdurchschnittlich hoch. Der erzielte Umsatz betrug 2,9 Mrd. DM. Auf die Nahrungs- und Genußmittel-Industrie (NG-Industrie) entfielen 1964 somit 15% der Beschäftigten und 36% des Umsatzes der gesamten Industrie Schleswig-Holsteins. Die Mechanisierung wurde in den letzten Jahren stark vorangetrieben. – Seit 1958 hat der Umsatz der NG-Industrie in Schleswig-Holstein um 32%, der der "übrigen Industrie" um 46% zugenommen. In den einzelnen Zweigen wichen die Veränderungen jedoch vom Durchschnittssatz erheblich ab. – Das Produktionsvolumen der NG-Industrie hat 1964 – gemessen am Produktions-Index 1958 = 100 – um 23% zugenommen; doch war diese Zunahme geringer als die der gesamten Industrie (+ 33%). – Der Beitrag unseres Landes zur fischverarbeitenden Industrie des Bundesgebietes betrug 1964 – gemessen am Umsatz – fast 22%. Damit stand Schleswig-Holstein hinter Hamburg und Bremen an 3. Stelle. Der Umsatz der fischverarbeitenden Industrie Schleswig-Holsteins erreichte 1964 mit 126 Mill. DM einen neuen Höchststand.

## Schiffsbestand 1963

Seite 230

Ende 1963 waren in Schleswig-Holstein 371 Binnenschiffe registriert. Über zwei Drittel von ihnen waren Güterschiffe mit eigener Triebkraft. Sie hatten insgesamt eine Tragfähigkeit von fast 100 000 t und eine Maschinenleistung von fast 50 000 PS. Unter ihnen waren 27 Tankschiffe mit einer Kapazität von zusammen 22 000 t. Neben den Güterschiffen mit eigener Triebkraft gab es 1963 in Schleswig-Holstein noch 19 Güterschiffe ohne eigene Triebkraft, 60 Schuten und Leichter, 4 Schlepper (ohne Hafenschlepper) und 20 Fahrgastschiffe. Drei Viertel aller Binnenschiffe waren über 30 Jahre alt, die Hälfte sogar über 50 Jahre. Von den selbstfahrenden Güterschiffen befanden sich 80% in der Hand von Partikulieren. Nur 20% dieser Schiffe, aber 40% der Kapazität wurden von Reedern betrieben. – Von Seeschiffen; die Handelszwecken dienen und größer als 100 BRT sind, wurden 1963 in Schleswig-Holstein 304 registriert. Sie hatten insgesamt 480 000 BRT. Hierunter waren 60 Schiffe über 2 000 BRT. Die 6 größten Schiffe des Landes sind die Schiffe der Reederei Entz in Rendsburg und der Reederei Oldendorff in Lübeck. 191 Seeschiffe, also fast zwei Drittel des Bestandes, waren 1963 höchstens 12 Jahre alt. – An der Großen Hochseefischerei hat Schleswig-Holstein nur einen geringen Anteil. 23 Fahrzeuge mit 22 000 BRT gingen 1963 von Schleswig-Holstein aus auf Fang. Das ist nur etwa ein Zehntel der Deutschen Flotte. Die Kleine Hochsee-/Küstenfischerei wird dagegen in Schleswig-Holstein stärker betrieben.

## Vermögensteuer 1963

Seite 233

Die Anfang 1963 durchgeführte Hauptveranlagung zur Vermögensteuer erbrachte in Schleswig-Holstein für rund 16 800

Steuerpflichtige ein Gesamtvermögen von 3,6 Mrd. DM. Hierzu wurde eine Jahressteuerschuld von 29 Mill. DM festgesetzt. Gegenüber Anfang 1960 hat sich die Zahl der Vermögensteuerpflichtigen kaum verändert. Während sich das Gesamtvermögen um 28% erhöhte; nahm die Steuerschuld um 37% zu. Das durchschnittliche Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen, das 1960 168 000 DM betragen hatte, belief sich 1963 auf 215 000 DM. Der Vermögenszuwachs wirkte sich vorwiegend in den mittleren und höheren Vermögensgruppen aus. – Den größten Teil der Steuerpflichtigen machten die natürlichen Personen aus, nämlich fast neun Zehntel. Das Gesamtvermögen verteilte sich 1963 etwa im Verhältnis 7:3 auf die natürlichen und nichtnatürlichen Personen (Körperschaften). Bei den Körperschaften besteht das Gesamtvermögen ausschließlich aus Betriebsvermögen und ist je Steuerpflichtigen im Durchschnitt wesentlich höher als das der natürlichen Personen. Es belief sich je steuerpflichtige nichtnatürliche Person 1963 durchschnittlich auf 587 000 DM, je natürliche Person dagegen nur auf 171 000 DM. In diesen Summen spiegelt sich allerdings auch die unterschiedliche Bewertung der verschiedenen Vermögensarten wider. – Von den 1963 veranlagten natürlichen Personen unterlagen 606 der beschränkten Steuerpflicht. Diese Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik haben, sind nur mit ihrem Inlandsvermögen vermögenssteuerpflichtig. Das Inlandsvermögen belief sich 1963 auf 25 Mill. DM, das sind nur 1% des Gesamtvermögens. – Ausgangspunkt für die Berechnung des steuerpflichtigen Vermögens der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen ist das Rohvermögen. Es umfaßt die Summe aller Vermögenswerte der veranlagten Steuerpflichtigen einschl. Schulden und sonstige Abzüge sowie Freibeträge. Der Wert dieser Vermögen belief sich 1963 auf 3,1 Mrd. DM. Er hat gegenüber 1960 um 22% zugenommen. In der Gliederung nach Vermögensarten ist die Entwicklung sehr unterschiedlich verlaufen (land- und forstwirtschaftliche Vermögen – 14%, Betriebsvermögen + 28% usw.), was vorwiegend auf die überholten Bewertungsvorschriften zurückzuführen ist. Zur Ermittlung des Gesamtvermögens sind vom Rohvermögen die Schulden und sonstigen Abzüge abzusetzen. Da der Betrag der Schulden und sonstigen Abzüge von 1960 bis 1963 wesentlich geringer angestiegen ist (+ 6%) als das Rohvermögen (+ 22%), hat sich das Gesamtvermögen in diesem Zeitraum stärker erhöht (+ 25%) als das Rohvermögen. Das Gesamtvermögen betrug 1963 2,6 Mrd. DM. Durch Abzug der Freibeträge vom Gesamtvermögen errechnet sich das steuerpflichtige Vermögen. Es umfaßte 1960 1,4 Mrd. DM und 1963 1,9 Mrd. DM. Während das steuerpflichtige Vermögen je Steuerbelasteten 1960 im Durchschnitt 136 000 DM betrug, erreichte es 1963 149 000 DM. – In der Gliederung der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach Vermögensgruppen zeigte sich eine Konzentration in den Gruppen zwischen 50 000 und 250 000 DM. Knapp zwei Drittel der Steuerpflichtigen verfügten 1963 über ein Vermögen, das sich zwischen diesen Grenzen bewegte. 22% der Veranlagten hatten ein Vermögen unter 50 000 DM. 280 Steuerpflichtige waren Vermögensmillionäre.

# Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 1958-1964

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Schleswig-Holsteins waren im Jahre 1964 in 404 Betrieben (mit 10 und mehr Beschäftigten) durchschnittlich 26 015 Arbeiter, Angestellte und Inhaber beschäftigt. Der erzielte Umsatz betrug 2,9 Mrd. DM. Auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (NG-Industrie) entfallen somit 15% der Beschäftigten (im Bund 6%) und 36% (im Bund 14%) des Umsatzes der gesamten Industrie.

Der - verglichen mit dem Umsatzanteil - niedrige Anteil an den Beschäftigten erklärt sich daraus, daß die meisten Arbeitsprozesse in den zur NG-Industrie gehörenden Zweigen einen verhältnismäßig geringen Arbeitsaufwand erfordern und sich gut zur Mechanisierung eignen; diese Mechanisierung wurde in den letzten Jahren stark - sogar stärker als bei der "übrigen Industrie"<sup>1</sup> - vorangetrieben. So betragen im Jahre 1962 bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Investitionen für Maschinenbeschaffung etwa 1 700 DM je Beschäftigten, bei der "übrigen Industrie" etwa 1 400 DM. Vielleicht wurde die Mechanisierung auch dadurch noch etwas gefördert, daß bei der NG-Industrie die Schwierigkeiten, männliche Arbeitskräfte zu bekommen, im allgemeinen größer sind, weil es sich hier oft um Saisonarbeit handelt, die von männlichen Arbeitskräften nur ungern übernommen wird. Infolgedessen beschäftigt man in größerem Umfang

Frauen, umso mehr, da die zu leistenden Arbeiten in den meisten Zweigen verhältnismäßig leicht und für Frauen gut geeignet sind. Der hohe Anteil der weiblichen Beschäftigten - nach der Arbeitsstättenzählung 1961 betrug er 42% - ist daher zu einem Charakteristikum der NG-Industrie geworden, wobei besonders die tabakverarbeitende (73%), die Süßwaren- (72%), die fischverarbeitende (69%) und die obst- und gemüseverarbeitende Industrie (55%) durch überdurchschnittlich hohe Frauenanteile hervorstechen.

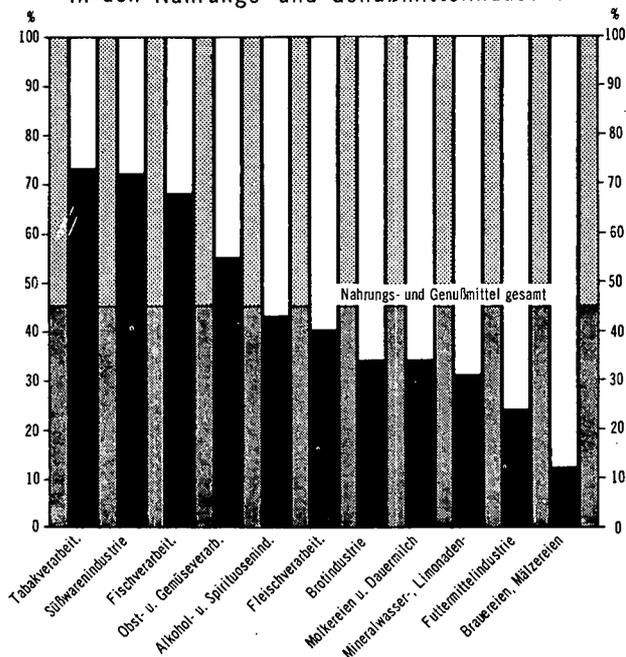
Seit 1958 hat die Beschäftigtenzahl um 4% zugenommen, obwohl die Zahl der Betriebe um 10% sank. Auch hier zeigt sich also die allenthalben zu beobachtende Tendenz zur Konzentration und zum größeren Betrieb, was am Anwachsen der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Betrieb (von 55 auf 64) deutlich wird.

Bemerkenswert ist, daß die erwähnte Zunahme der Beschäftigtenzahl von 1958 bis 1964 um 4% allein auf die Erhöhung der Angestelltenzahl - um 25% - zurückgeht, während die Arbeiterzahl, von geringfügigen Schwankungen abgesehen, unverändert blieb. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch bei der "übrigen Industrie", wo einer - allerdings bei etwas stärkeren Schwankungen - um 2% höheren Arbeiterzahl eine 27%ige Zunahme der Angestelltenzahl gegenübersteht. Diese Entwicklung dürfte in der Hauptsache auf die erwähnte zunehmende Mechanisierung der Betriebe zurückzuführen sein, z. T. aber auch auf die immer komplizierter werdende kaufmännische und verwaltungstechnische Seite des Betriebsablaufes, die mehr Personal für den Verkauf, die Werbung usw. erfordert als früher.

Sowohl die Zahl der insgesamt geleisteten Arbeiterstunden (42 Mill.) als auch die je Arbeiter im Jahr hat sich bei der NG-Industrie seit 1958 etwa im gleichen Ausmaße verändert: sie ist um 7% gefallen; im Jahre 1964 kamen auf einen Arbeiter 2 100, bei der "übrigen Industrie" knapp 2 000 Stunden. Bei den einzelnen Zweigen der NG-Industrie bestehen jedoch recht große Unterschiede (1 680 - 2 530 Stunden je Arbeiter im Jahr) die wohl auch mit dem verschiedenen Ausmaße der saisonalen Schwankungen des Betriebsablaufes zusammenhängen.

Die im Jahre 1964 gezahlten Lohn- und Gehaltssummen - 205 Mill. DM - entsprechen einem Anteil von 14% der in der gesamten Industrie gezahlten Beträge. Dabei ist die Lohnsumme seit 1958 um 67%, die Gehaltssumme gemäß der stärker gewachsenen Angestelltenzahl - um 104% gestiegen. Auch

D-3566  
Frauenanteile  
in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien



1) = Gesamtindustrie ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrie

bei der "übrigen Industrie" liegen die Zuwachsraten in dieser Größenordnung. Bei der NG-Industrie spielen jedoch die Personalkosten (verglichen mit den Rohstoffkosten) im allgemeinen eine geringere Rolle als bei der "übrigen Industrie" (siehe unten).

Der Durchschnittslohn je Arbeiterstunde im Jahre 1964 (3,44 DM) ist zwar seit 1958 stärker (+ 80%) gestiegen als bei der "übrigen Industrie" (+ 75%), hat aber bisher noch nie den Wert bei der "übrigen Industrie" (3,88 DM) erreicht. Dies ist wohl hauptsächlich auf die überdurchschnittlich hohe Zahl der beschäftigten Frauen in der NG-Industrie zurückzuführen, in deren wichtigsten Zweigen der Durchschnittslohn je Arbeiterstunde zwischen 2,78 DM (Süßwarenindustrie) und 4,28 DM (Margarineindustrie) lag. - Die Zuwachsraten seit 1958 betragen zwischen 61% (Zuckerindustrie) und 98% (Molkereien und milchverarbeitende Industrie).

### Umsatz

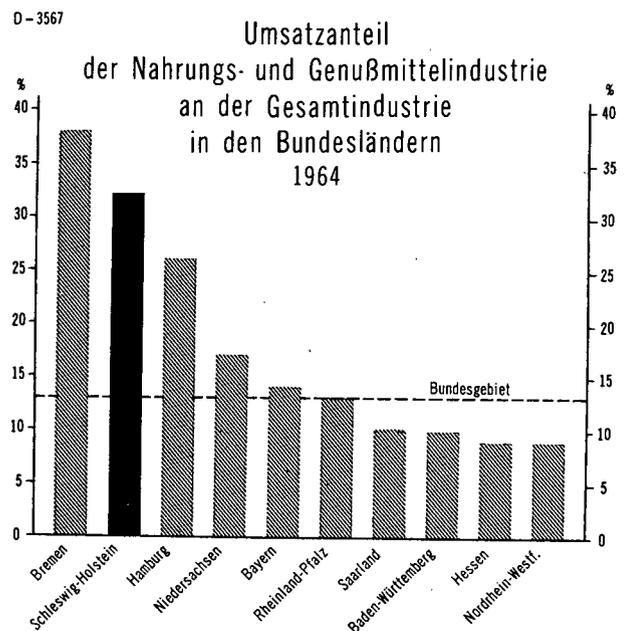
Der im Jahre 1964 von der NG-Industrie erzielte Umsatz erreichte mit 2,9 Mrd. DM einen neuen Höchstwert und einen Anteil von 36% des Umsatzes der gesamten Industrie des Landes (8,1 Mrd. DM). In diesen Beträgen sind allerdings 492 Mill. DM Verbrauchsteuern enthalten, von denen 466 Mill. DM, das sind 95%, auf einige wenige Zweige der NG-Industrie entfallen.

#### Anteil der Verbrauchsteuern am Umsatz

Zuckerindustrie	8 %
Brauereien	13 %
Kaffeeverarbeitung	17 %
Spirituosenindustrie	25 %
Tobakverarbeitung	67 %

Hierdurch entsteht bei Vergleichen der Zweige untereinander oder auch bei Ländervergleichen ein etwas schiefes Bild, weshalb in solchen Fällen die Verbrauchsteuern aus dem Umsatz besser herausgenommen werden. Wenn man dies tut, ergeben sich für die NG-Industrie die im 2. Bild dargestellten Umsatzanteile.

Bei einem Anteil von 13% im Bundesgebiet steht Schleswig-Holstein mit 32% hinter Bremen an zweiter Stelle unter den Bundesländern, während Nordrhein-Westfalen und Hessen die letzte Stelle einnehmen. Daß bei den Stadtstaaten, besonders bei Bremen, der Umsatzanteil so hoch liegt, hängt damit zusammen, daß hier eine Reihe der großen Firmen der tabak- und der kaffeeverarbeitenden Industrie ihren Sitz haben, während andere Industriezweige nur schwach vertreten sind.

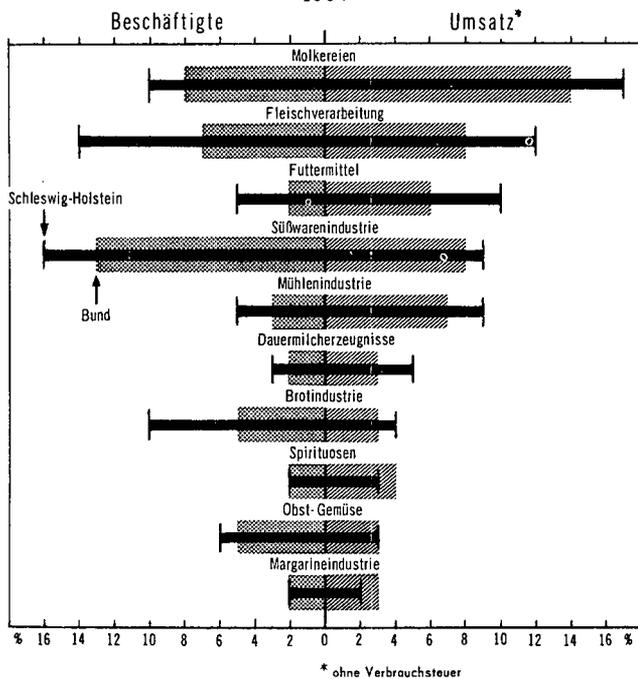


Das weit überdurchschnittliche Gewicht, das die NG-Industrie innerhalb der Gesamtindustrie unseres Landes besitzt, erklärt sich aus der wirtschaftlichen Struktur des Landes, die ihrerseits mit den geografischen Gegebenheiten eng zusammenhängt. Zur Kennzeichnung der Situation einige wenige Stichwörter: die Küstenlage, die die Fischverarbeitung begünstigt; die Nähe Dänemarks: vorteilhaft für die Vieheinfuhr, die zusammen mit der eigenen Viehwirtschaft (=Abnehmerin der Futtermittelindustrie, Molkereien und Dauermilchindustrie) gute Voraussetzungen für die fleischverarbeitende Industrie bietet; landwirtschaftliche Erzeugnisse für die obst- und gemüseverarbeitende Industrie. Hieraus erklären sich auch die verhältnismäßig hohen Anteile, die viele Zweige der NG-Industrie am Umsatz dieser Zweige im Bundesgebiet haben.

Welche Bedeutung die einzelnen Zweige innerhalb der NG-Industrie Schleswig-Holsteins (und im Bundesgebiet) haben, zeigt das 3. Bild. Gemessen am Umsatz (ohne Verbrauchsteuer!) stehen in unserem Lande an erster Stelle die Molkereien, auf die 17% des Umsatzes und 10% der Beschäftigten entfallen. Allerdings gelten diese Zahlen nicht - wie bei allen anderen Gruppen und Zweigen - für die Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, sondern schon für die Betriebe mit 6 und mehr Beschäftigten. - Mit Umsatzanteilen von 12%, 10% und 9% folgen die fleischverarbeitende, die Futtermittel-, Süßwaren- und Mühlenindustrie. (Über die Zucker- und die tabakverarbeitende Industrie können wegen der Geheimhaltungspflicht keine Angaben gemacht werden.) Im Bund stehen die genannten Zweige ebenfalls in der Spitzengruppe.

Umsatz- und Beschäftigtenanteile  
der Nahrungs- und Genußmittelindustrien  
in Schleswig-Holstein und im Bund  
1964

Beschäftigtenzahl und Umsatz  
- Veränderungen 1964 gegenüber 1958 in % -



	Beschäftigte	Umsatz	Umsatz preis- bereinigt
Dauermilch	+ 109	+ 173	+ 166
Brotindustrie	+ 52	+ 92	+ 60
Mineralwasser, Limonaden	+ 39	+ 113	.
Obst, Gemüse	+ 35	+ 64	+ 74
Fleisch	+ 29	+ 76	+ 39
Futtermittel	+ 28	+ 62	+ 43
Spirituosen	+ 16	+ 143	+ 134
Brauereien	+ 16	+ 63	+ 54
Mühlenindustrie	+ 5	+ 47	+ 41
Zucker	+ 5	+ 18	.
Wein	+ 4	+ 31	.
Molkereien	+ 1	+ 46	+ 33
Essig, Gewürze	- 2	+ 35	.
Fischverarbeitung	- 5	+ 55	+ 33
Margarineindustrie	- 7	- 23	- 28
Mälzerei	- 13	+ 14	.
Alkoholbrennereien	- 14	+ 34	.
Süßwarenindustrie	- 16	+ 39	+ 39
Tabakwaren	- 22	+ 6	+ 6
Eis	- 25	- 24	.
Kaffee, Tee	- 46	+ 47	+ 51
Nährmittel	- 51	- 33	.
NG-Industrie	+ 45	+ 33	.

Seit 1958 ist der Umsatz der NG-Industrie in Schleswig-Holstein um 32%, der der "übrigen Industrie" um 46% gestiegen. In den einzelnen Zweigen wichen die Veränderungen jedoch vom Durchschnittssatz recht erheblich ab. Um beurteilen zu können, welche Bedeutung die Umsatzveränderungen haben und welche "echt" oder preisbedingt sind, wurden bei den Zweigen, für welche Erzeugerpreisindizes vorliegen, auch die Veränderungen des preisbereinigten Umsatzes und der Beschäftigtenzahlen in der folgenden Übersicht gekennzeichnet.

Die größten Zuwachsraten wiesen die Dauermilchwerke aus, doch sind diese Zunahmen darauf zurückzuführen, daß ein großes Unternehmen dieser Branche einen Betrieb neu ins Land verlegt hat. Durch besonders starke Umsatzsteigerungen (bei gleichzeitig überdurchschnittlichem Anwachsen der Beschäftigtenzahl) fallen die Mineralwasser-/Limonadenindustrie (+ 113%) und die Spirituosenindustrie (+ 142%) auf. Hier dürfte der seit 1958 weiter gestiegene Lebensstandard eine Rolle spielen, durch den einerseits der Verbrauch alkoholischer Getränke, andererseits aber auch der von Mineralwässern und dergl. gefördert wurde. Bemerkenswert ist bei der Spirituosenindustrie auch, daß hier der Erzeugerpreisindex (1958=100) bis zum Jahre 1964 nur um 5 Punkte gestiegen ist, die Umsatzsteigerung also fast in vollem Umfang "echt" ist.

Erhebliche Umsatzsteigerungen hatten ferner die Brotindustrie (+ 92%), die fleischverarbeitende (+ 78%), die obst- und gemüseverarbeitende Industrie und die Brauereien (je + 63%) und die Futtermittelindustrie (+ 62%). Bei allen diesen Zweigen waren die Zuwachsraten bei den Beschäftigten jedoch kleiner als beim Umsatz, und zwar auch dann noch, wenn man die jeweiligen Preissteigerungen ausschaltet. Dies gilt auch für einige andere Zweige wie z. B. die Mühlenindustrie und die Molkereien.

Bei der fleischverarbeitenden Industrie hängt die hohe Zuwachsrate zu einem erheblichen Teil mit der in den letzten Jahren immer stärker zunehmenden Campingbewegung zusammen; auch die Haushalte gehen wegen des Mangels an Hilfskräften und der Zeitknappheit mehr und mehr zur Verwendung von Konserven über. Schließlich hat auch eine deutliche Verlagerung der Nachfrage zu den höheren Qualitäten zur Umsatzsteigerung beigetragen. Dennoch bildet hier das Handwerk - was nur in wenigen Branchen der Fall ist - gegenüber der fleischverarbeitenden Industrie eine erhebliche Konkurrenz. Das zeigt sich schon daran, daß der Umsatz des Fleischerhandwerkes 1964 in Schleswig-Holstein 524 Mill. DM, der der fleischverarbeitenden Industrie (einschl. Talgschmelzen) nur 287 Mill. DM betrug.

Die verhältnismäßig starke Umsatzzunahme der obst- und gemüseverarbeitenden Industrie

seit 1958 - wobei der Erzeugerpreisindex 1964 6 Punkte unter dem Wert von 1958 lag - ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Haushalte von dem früher üblichen und traditionellen "Einkochen" von Obst und Gemüse abgehen und statt dessen fertige Konserven kaufen. Diese Entwicklung darf aber nicht über die schwierigen Betriebsverhältnisse in diesem Industriezweig hinwegtäuschen, der mit der landwirtschaftlichen Erzeugung eng verbunden ist und dessen Produktion mit den wechselnden Ernten stark schwankt und sich - soweit nicht mit vorkonservierten Rohstoffen gearbeitet wird - normalerweise auf die Monate Juni bis November beschränkt. Der Arbeitermangel zwingt auch hier dazu, die Leute nicht nach der Kampagne zu entlassen, sondern anderweitig zu beschäftigen (Ergänzungsproduktion); das erfordert aber höhere Investitionen. Eine besondere Belastung bilden auch die höheren Lagerbestände, die sich zwangsläufig bei großen Ernten ergeben.

Eine besonders günstige Entwicklung - vermutlich infolge Rationalisierung und Konzentration - scheint sich bei der fischverarbeitenden Industrie (die weiter unten ausführlich behandelt wird), der Essig- und Gewürzindustrie, den Alkoholbrennereien und der Süßwarenindustrie abzuzeichnen; hier steht durchweg einer Abnahme der Beschäftigtenzahl eine Zunahme des Umsatzes gegenüber.

Am ungünstigsten hat sich die Margarineindustrie entwickelt bei der bei gleicher Betriebszahl die Beschäftigtenzahl um 7%, der Umsatz um 23% (bei Berücksichtigung der Preisveränderung sogar um 28%) niedriger war als im Jahre 1958. Die Relation zwischen Beschäftigtenzahl und Umsatzentwicklung scheint nicht auf einschneidende und vor allem wirksame Rationalisierungsmaßnahmen hinzudeuten; die Situation hängt wohl hauptsächlich mit dem weiteren Ansteigen des Lebensstandards zusammen, der es erlaubt, in immer größerem Umfange statt Margarine Butter zu verbrauchen. Hierauf deuten die Zunahme des Butterverbrauches je Kopf von 7,4 kg im Wirtschaftsjahr 1957/58 auf 8,9 kg je Kopf 1963/64 und der Rückgang des Verbrauches von pflanzlichen Fetten und Ölen von 13,3 auf 12,3 kg je Kopf im gleichen Zeitraum. Allerdings spielen auch marktwirtschaftliche Vorgänge (z. B. die Freigabe eingelagerter Butternorräte zu ermäßigten Preisen) eine Rolle.

Der Auslandsumsatz der NG-Industrie betrug im Jahre 1964 54 Mill. DM; er ist verhältnismäßig gering, denn dies sind nur 6% des Auslandsumsatzes der gesamten Industrie, während der Gesamtumsatz der NG-Industrie

36% des gesamten Industrieumsatzes erreicht. Dies ist - außer auf marktpolitische Gründe - auch darauf zurückzuführen, daß viele lebensmittelrechtliche Bestimmungen, ebenso wie die Geschmacksrichtungen und Verzehrsgewohnheiten im Ausland von denen in der Bundesrepublik stark abweichen. Die Exportquote erreichte knapp 2%.

Innerhalb der NG-Industrie entfielen vom Auslandsumsatz auf die Mühlenindustrie 36%, auf die fleischverarbeitende 18%, auf die fischverarbeitende und die Süßwarenindustrie je 14%. Die übrigen Zweige hatten nur unbedeutenden oder gar keinen Anteil am Auslandsgeschäft. Dennoch konnte die NG-Industrie - obwohl der Wettbewerb auf den Auslandsmärkten besonders scharf ist - seit 1958 den Auslandsumsatz um 47% erhöhen, während die "übrige Industrie" nur eine Zunahme um 16% aufwies; allerdings spielt bei diesen Relationen auch die verhältnismäßig niedrige Ausgangsbasis der NG-Industrie eine Rolle.

Die großen strukturellen Unterschiede zwischen der NG-Industrie und der "übrigen Industrie" zeigen sich auch am Umsatz je Beschäftigten im Jahr. Diese Quoten betragen 1964 für erstere 111 400 DM, für letztere 35 100 DM. Auch bei Ausschaltung der Verbrauchsteuern ist der Umsatz je Beschäftigten und Jahr bei der NG-Industrie noch immer fast doppelt so hoch wie bei der "übrigen Industrie", obwohl er hier seit 1958 um 32% (gegenüber 27% bei der NG-Industrie) gestiegen ist. In den einzelnen Zweigen sind die Quoten allerdings sehr unterschiedlich; am niedrigsten bei der Brotindustrie (42 000 DM), fischverarbeitenden Industrie (47 000 DM) und der Süßwarenindustrie (52 000 DM), am höchsten bei der Futtermittelindustrie (195 000 DM), der tabakverarbeitenden Industrie und der Mühlenindustrie (172 000 DM); Spirituosen-, kaffee- und teeverarbeitende Industrie weisen, bei Ausschaltung der Verbrauchsteuern, darunter liegende Werte auf (150 000 und 155 000 DM). Diese großen Unterschiede sind bis zu einem gewissen Grade strukturbedingt. Das Preisniveau der Rohstoffe und Halbfabrikate, die verschieden starke Mechanisierung der Arbeitsprozesse und der durch die Fertigung bedingte Unterschied im Arbeitsaufwand haben auf das Verhältnis des Umsatzes zu den Beschäftigten Einfluß.

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz - ein Maß für die Lohn- oder Materialintensität - unterscheidet ebenfalls die NG-Industrie von der "übrigen Industrie". Während bei dieser die Lohn/Gehaltsquote im Jahre 1964 bei 24% lag, betrug sie bei

der Nahrungs- und Genußmittelindustrie weniger als ein Drittel davon, nämlich 7%.

Personalkosten in % des Umsatzes

Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	17 %
Investitionsgüterindustrie	29 %
Verbrauchsgüterindustrie	23 %
Übrige Industrie	24 %
NG- Industrie	7 %
Gesamte Industrie	18 %

Allerdings liegen die Werte für die einzelnen Zweige zwischen 4% (Spirituosenindustrie) und 20% (Brotindustrie). Hierbei spielt natürlich auch der eingangs erwähnte hohe Anteil der Frauen an den Beschäftigten eine Rolle.

Im allgemeinen - Ausnahme: Spirituosen- und Mineralwasserindustrie - konnte die Steigerung des Umsatzes mit der der Löhne und Gehälter seit 1958 jedoch nicht Schritt halten. Immerhin scheint es aber der "übrigen Industrie" gelungen zu sein, einen größeren Teil der Personalkostenerhöhung durch Rationalisierungsmaßnahmen oder über Preissteigerungen abzuwälzen, als dies der NG-Industrie möglich war. Hierauf deutet der Umstand, daß bei dieser die Lohn/Gehaltsquote seit 1958 um 34% gestiegen ist, bei der "übrigen Industrie" jedoch nur um 20%.

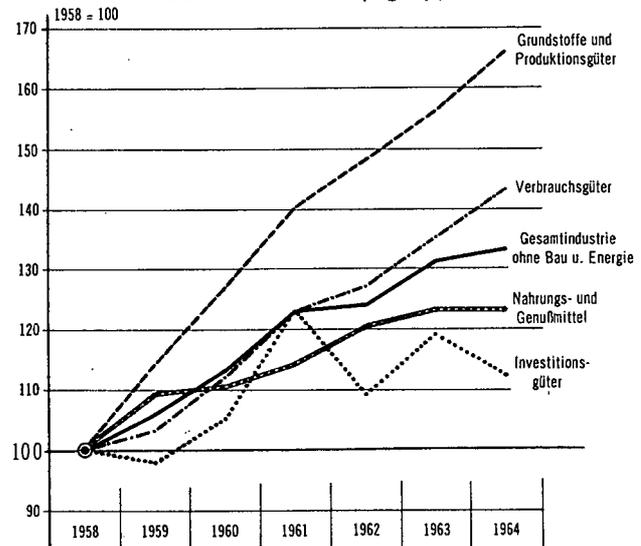
Produktion

Das Produktionsvolumen der NG-Industrie hat - gemessen am Produktionsindex 1958=100 - um 23% (im Bund um 27%) zugenommen, doch war diese Zunahme geringer als die der Gesamtindustrie (+ 33%), der Verbrauchsgüterindustrie (+ 43%) und der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (+ 66%). Nur bei der Investitionsgüterindustrie blieb die Zuwachsrate - von den durch den Schiff- und den Maschinenbau verursachten starken Produktionsschwankungen abgesehen - noch unter der der NG-Industrie.

Während Grundstoffe und Produktions- sowie Verbrauchsgüter, ebenso wie die Gesamtindustrie im Jahre 1964 auch gegenüber dem Vorjahr Erzeugungszunahmen auswies, blieb der Index der NG-Industrie unverändert. Dies hängt in der Hauptsache mit dem Rückgang des Produktionsindex u. a. bei der obst- und gemüseverarbeitenden Industrie (- 27 Punkte) und der Spirituosenindustrie (- 21 Punkte) zusammen, wodurch die Zunahmen bei fast allen anderen Zweigen ausgeglichen wurden. Bei beiden Zweigen waren die Produktionsergebnisse 1963 mit einem Index von 158 und 232 Höchstwerte gewesen, die weit über denen des Jahres 1962 (132 und 192) gelegen hatten. Der Rückgang auf das

D-3569

Entwicklung des Produktionsvolumens der Industriehauptgruppen



sozusagen "normale" Produktionsvolumen hat also wohl keine größere Bedeutung. Die Ursache für diese Entwicklung liegt bei der obst- und gemüseverarbeitenden Industrie in 1963 außergewöhnlich guten Ernten; bei der Spirituosenindustrie ließ sich eine Erklärung für das Spitzenergebnis des Jahres 1963 nicht finden.

Auf eine eingehendere Besprechung der Produktionsveränderungen in den übrigen Zweigen der NG-Industrie wird verzichtet, da für ihre wirtschaftliche Entwicklung - abgesehen natürlich von den Erträgen - in erster Linie die Umsätze maßgebend sind und diese bereits behandelt wurden.

Das durchschnittliche Produktionsergebnis je Arbeiterstunde (Produktivität) der NG-Industrie ist zwar seit 1958 weniger stark gestiegen als das der "übrigen Industrie", doch lag es in einer Reihe von Zweigen erheblich über dem Durchschnitt, so z. B. bei der Spirituosen-, Süßwaren-, Futtermittel-, der fleisch- und der fischverarbeitenden und der Mühlenindustrie.

Die folgende Übersicht enthält solche Produkte der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, von denen in Schleswig-Holstein 10 und mehr % der Produktion im ganzen Bundesgebiet erzeugt werden:

	t	%
Häfererzeugnisse für Nahrungszwecke	42 979	59
Brot, Pumpnickel, Knäckebrötchen	72 354	10
Obstkonserven	19 980	24
Erbsenkonserven	16 115	26
Bohnenkonserven	19 711	24
Sonstige Gemüsekonserven	34 222	26

	t	%
Marmelade, Gelee, Konfitüren	12 233	12
Gurkenkonserven	11 274	13
Überzugsmasse	3 014	14
Marzipanwaren	2 630	28
Rohmassen für Zuckerwaren	4 829	24
Schnittkäse	5 256	15
Vollmilchpulver	6 306	23
Magermilchpulver	12 291	10
Kondensvollmilch	48 623	11
Schweinefleisch, frisch	28 369	18
Wurstkonserven	14 151	18
Geräucherte Heringe und Sprotten	1 707	13
Marinaden	8 812	15
Fischdauerwaren (Vollkonserven)	24 682	59
Krebs-, Krabben-, Muschelerzeugnisse	540	73
Liköre (1 000 l)	7 786	16
Rum und Arrak (1 000 l)	8 156	56

Außerdem gibt es einige Erzeugnisse für die Produktionszahlen wegen der Geheimhaltung nicht veröffentlicht werden dürfen.

### Energieverbrauch

Im Jahre 1964 verbrauchte die NG-Industrie rund 237 000 t-SKE (Steinkohleeinheiten); das entspricht 11% der von der gesamten Industrie benötigten Energiemenge. Innerhalb der NG-Industrie hatten die Molkereien und Käsereien mit 43 000 t-SKE den weitaus höchsten Energieverbrauch; dies ist verständlich, weil nicht nur zur Sterilisation der Milch und zur Reinigung der Flaschen, Behälter und Verarbeitungsmaschinen besonders große Wärme- und Heißwassermengen benötigt werden, sondern auch deshalb, weil für den Industriezweig Molkereien - wie bereits erwähnt - Betriebe ab 6 Beschäftigte, das heißt eine erheblich größere Zahl von Betrieben, erfaßt wird.

In der Reihe der Energieverbraucher folgen in größerem Abstand die Süßwarenindustrie

mit 20 000 t-SKE, die Dauermilchherstellung mit 19 000 t-SKE, die obst- und gemüseverarbeitende Industrie mit 18 000 t-SKE und dann die übrigen Zweige.

Den höchsten spezifischen Energieverbrauch weisen die Dauermilchwerke und die Molkereien mit 27 und 22 t-SKE je Arbeiter und Jahr auf. Er liegt weit über dem Durchschnitt der gesamten NG-Industrie (12 t-SKE) und auch über dem der "übrigen Industrie" (16 t-SKE). Allerdings muß hier ebenfalls berücksichtigt werden, daß - wie erwähnt - die Zahlen für die Molkereien für Betriebe ab 6 Beschäftigte gelten; denn gerade kleinere Betriebe werden im allgemeinen einen höheren spezifischen Energieverbrauch haben als größere.

Was die verwendeten Energieträger anbelangt, so fällt auf, daß sowohl die NG-Industrie im ganzen, als auch ihre Zweige im Laufe der letzten Jahre in einem solchen Ausmaße von der Steinkohle auf Heizöl übergegangen sind, wie dies nur bei einzelnen Zweigen der "übrigen Industrie" zu finden ist. 1964 erreichte nämlich der Anteil des Heizöles am gesamten Energieverbrauch der NG-Industrie 70% (bei der "übrigen Industrie" 64%); bei einzelnen Zweigen, wie Brauerei, Brot- und obst- und gemüseverarbeitende Industrie, lag er bei 90 und 92%. Nur bei wenigen Zweigen blieb er unter 60%. Demgegenüber ist der Stromverbrauch nur von geringer, der Gasverbrauch von gar keiner Bedeutung. Der Anteil des Kohleverbrauches lag 1964 zwischen 2 und 44%.

### Die fischverarbeitende Industrie

Wenn die fischverarbeitende Industrie Schleswig-Holsteins auch zu den Industriezweigen

### Energieverbrauch in ausgewählten Zweigen der NG-Industrie

Zweig	t-SKE Gesamtverbrauch <sup>1</sup>	Anteil der Zweige in %	Anteil des Heizöles am Gesamtverbrauch in %	t-SKE je Arbeiter und Jahr (Spezifischer Energieverbrauch)
NG-Industrie zusammen	236 888	100	70	12
darunter				
Molkereien	43 079	18	85	22
Süßwaren	20 047	8	62	6
Dauermilch	19 378	8	51	27
Obst und Gemüse	18 067	8	92	15
Brot	13 986	6	90	7
Fleisch	12 611	5	76	4
Brauereien	9 581	4	90	14
Fisch	8 398	4	67	4
Futtermittel	7 144	3	83	11
Übrige Industrie	1 839 359	-	64	6

<sup>1</sup>) 1 t Steinkohle = 1 t-SKE  
1 t Heizöl = 1,4 t-SKE

1 000 m<sup>3</sup> Gas = 0,6 t-SKE  
1 000 kWh Strom = 0,12 t-SKE

gehört, auf die nur ein verhältnismäßig kleiner Anteil des gesamten Industrieumsatzes entfällt - 1964 waren es nicht ganz 2% - so ist doch der Beitrag unseres Landes zur Fischwarenproduktion des Bundesgebietes recht beachtlich; gemessen am Umsatz betrug er nämlich 1964 fast 22%. Damit stand Schleswig-Holstein hinter Hamburg und Bremen an dritter Stelle. Auch die Mengenanteile der einzelnen Fischerzeugnisse an der Bundeserzeugung sind größer als die der meisten anderen Industrieprodukte unseres Landes. Deshalb soll die fischverarbeitende Industrie in diesem Aufsatz etwas eingehender behandelt werden, umso mehr, da wahrscheinlich schon im kommenden Jahre die gesamte Fischwirtschaft in die Politik der Wirtschaftsgemeinschaft mit einbezogen wird, was auf ihre weitere Entwicklung nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Schleswig-Holstein bietet mit seinen zwei langen Küstengebieten, den zahlreichen Buchten und Förden und - im Zusammenhang damit - seiner vielfältigen Fischerei für die fischverarbeitende Industrie besonders gute Möglichkeiten. Dazu kommt noch die geografische Lage des Landes, die die Einfuhr aus anderen Ländern - Dänemark, Norwegen, Schweden - begünstigt. Dieser Umstand ist für eine gleichmäßige Rohwarenbeflieferung der fischverarbeitenden Industrie - eine der wichtigsten Voraussetzung für ihr wirtschaftliches Arbeiten - von größter Bedeutung. Den erwähnten günstigen Verhältnissen steht jedoch seit der Zweiteilung Deutschlands als schwere Belastung der Verlust des großen östlichen Absatzgebietes gegenüber. Dazu kam als weiteres ungünstiges Moment der Strukturwandel des verbliebenen Absatzmarktes, der größten Einfluß auf die Entwicklung der fischverarbeitenden Industrie hatte. Der Trend dieser Wandlung ist dadurch gekennzeichnet, daß sich die zahlreichen, neben dem Großhandel bestehenden Einzelhandelsfirmen zu größeren Gruppen (Einkaufsgenossenschaften, Konsumgenossenschaften und dergl.) zusammenschließen, in deren Händen die Nachfrage konzentriert wird, und die in der Lage sind, einen mehr oder weniger starken Preisdruck auf die Hersteller auszuüben. Schließlich mußte die fischverarbeitende Industrie auch noch den sich ändernden Verzehrsgewohnheiten der Verbraucher (bessere Qualität und größere Abwechslung) nachkommen.

Alle diese Umstände haben zu einem Konkurrenzkampf geführt, der in den letzten Jahren so scharfe Formen annahm, daß ihn nur größere, wirklich gut fundierte Firmen überstehen konnten. Allein seit 1958 sind daher in Schleswig-Holstein 17% aller

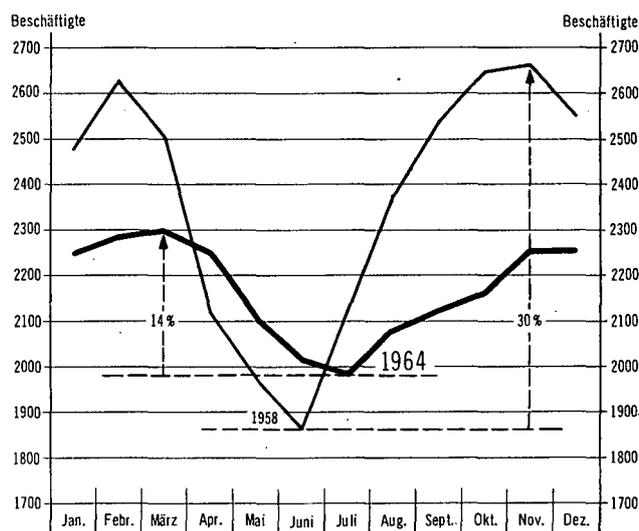
Betriebe ausgeschieden. Auch von den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (1950 waren es 67, 1958 = 42) blieben bis 1964 nur 38 übrig. Ebenso hat die Zahl ihrer Beschäftigten - 2 669 - seit 1958 um 5% abgenommen, und dies, während sie in der gesamten NG-Industrie um 4%, in der "übrigen Industrie" sogar um 6% gestiegen ist. Dabei fällt auf, daß das Absinken der Beschäftigtenzahl nur für die Arbeiter gilt, deren Zahl um 8% niedriger war als 1958, während die der Angestellten um 12% höher lag (vergleiche S. 219).

Charakteristisch für diesen Industriezweig ist der hohe Anteil der beschäftigten Frauen. Nach den Ergebnissen der "Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung" vom 6. 6. 1961 waren am Stichtag der Erhebung 69% der Beschäftigten in allen Betrieben (nicht nur in den mit 10 und mehr Beschäftigten) Frauen; auch die Totalerhebung in der Industrie vom September 1962 brachte denselben Wert. Damit steht die fischverarbeitende Industrie innerhalb der NG-Industrie an dritter Stelle hinter der tabakverarbeitenden und der Süßwarenindustrie. In den Branchen der "übrigen Industrie" hat nur die Textilindustrie einen ähnlich hohen Frauenanteil (66%). Die meisten Arbeitsgänge bei der Fischverarbeitung eignen sich schon vom Rohstoff her besonders für Frauen.

Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden verringerte sich seit 1958 um 15% auf 4,4 Mill., obwohl die Arbeiterzahl nur um 8% gefallen ist. Dies hängt mit den tariflichen Arbeitszeitverkürzungen zusammen, was auch der Rückgang der je Arbeiter im Jahr geleisteten Stunden um 7% (auf

D - 3570

Jahreszeitliche Schwankungen der Arbeiterzahl in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie



2 021) zeigt. In der NG-Industrie betrug der Rückgang ebenfalls 7%, obwohl dort die Gesamtzahl der geleisteten Arbeiterstunden nur um 7% (statt 15%) niedriger war.

Durch die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen und die saisonal bedingten starken Mengen- und Qualitätsschwankungen der angelieferten Rohfische ergeben sich für die fischverarbeitende Industrie besonders schwierige Verhältnisse. In früheren Jahren hat man während der flauen Monate (April/Mai - August) Arbeitskräfte entlassen. Heute muß der größte Teil der Arbeitskräfte ständig behalten werden, da sonst Gefahr besteht, daß mit dem Einsetzen der Saison nicht genügend Kräfte zu bekommen sind. Diese Situation zeigt sich deutlich daran, daß 1958 der Unterschied zwischen der höchsten und der niedrigsten monatlichen Arbeiterzahl 798 (d. i. 30% der Höchstzahl) im Jahre 1964 jedoch nur 316 (= 14% der Höchstzahl) betrug.

Der Zwang und das Bestreben, mit möglichst wenig Arbeitskräften auszukommen, hatte anscheinend sehr intensive Rationalisierung und Mechanisierung der Arbeitsprozesse zur Folge, die ein überdurchschnittliches Ansteigen des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde seit 1958 mit sich brachten. Während die Zunahme bei der gesamten NG-Industrie 31% betrug, erreichte sie bei der fischverarbeitenden Industrie 42%.

Die Zuwachsrate der gezahlten Lohnsummen (+ 52% auf 12,9 Mill. DM) und der Gehälter (+ 76% auf 4 Mill. DM) war - wie in fast allen Branchen der Industrie - sehr hoch; doch blieb die Zunahme der Löhne unter der der gesamten NG-Industrie (+ 67%) und der der "übrigen Industrie" (+ 65%).

Der durchschnittliche Lohn je Arbeiterstunde ist infolge der starken Lohnerhöhungen und des gleichzeitigen Rückganges der geleisteten Arbeiterstunden seit 1958 von 1,64 DM auf 2,94 DM, das ist um 79%, gestiegen, was etwa der Zunahme bei der NG-Industrie entspricht und über die der "übrigen Industrie" (+ 75%) sogar etwas hinausgeht. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß das gesamte Lohnniveau bei der fischverarbeitenden Industrie erheblich unter dem der NG-Industrie und der "übrigen Industrie" lag und noch immer liegt; der Abstand ist sogar seit 1958 noch größer geworden.

Dieser Niveauunterschied geht in der Hauptsache auf den oben erwähnten überdurchschnittlichen Anteil der Frauen an der Zahl der insgesamt Beschäftigten zurück, der seinerseits ein Zeichen für das Vorherrschen leichter und einfacher Arbeiten ist.

Durchschnittliche Löhne je Arbeiterstunde

	1958	1964	Vorsprung vor der fischverarbeitenden Industrie	
			1958	1964
DM				
Fischverarbeitende Industrie	1,64	2,94	-	-
Nahrungs- und Genußmittelind.	1,91	3,44	0,27	0,50
Übrige Industrie	2,22	3,88	0,58	0,94

Den Wandel der Betriebsstruktur der fischverarbeitenden Industrie zeigt nach den Ergebnissen der Totalerhebung (alle Betriebe) die nachstehende Übersicht.

Betriebe mit ... Beschäftigten	30.9.1958		30.9.1964	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Betriebe				
1 - 9	53	56	36	46
10 - 49	23	24	28	36
50 - 99	8	9	6	8
100 - 499	10	11	8	10
<b>zusammen</b>	<b>94</b>	<b>100</b>	<b>78</b>	<b>100</b>
Beschäftigte				
1 - 9	199	6	135	5
10 - 49	567	18	775	26
50 - 99	499	16	472	16
100 - 499	1 946	60	1 584	53
<b>zusammen</b>	<b>3 211</b>	<b>100</b>	<b>2 966</b>	<b>100</b>

Danach ist seit 1958 bei der fischverarbeitenden Industrie die Entwicklung z. T. etwas anders verlaufen als bei der Gesamtindustrie, indem in den höheren Größenklassen die Zahl der Betriebe und Beschäftigten absolut und relativ abnahm, während sie bei der Gesamtindustrie stieg.

Der Umsatz der fischverarbeitenden Industrie Schleswig-Holsteins nahm - abgesehen von einem Rückgang im Jahre 1961 - ständig zu und erreichte 1964 mit 126 Mill. DM (55% mehr als 1958) einen neuen Höchstwert. Selbstverständlich ist diese Zunahme zu einem Teil auch den Preissteigerungen zuzuschreiben; das geht daraus hervor, daß 1964 der Erzeugerpreisindex (1958=100) 117 betrug. - Auch der Auslandsumsatz hat sich verhältnismäßig gut entwickelt; er erreichte etwa 8 Mill. DM (+ 56%), was eine Exportquote von 6% ergibt. Wenn auch die 7%ige staatliche Exportförderung zu diesem Ergebnis beigetragen haben mag, so bleibt es doch bemerkenswert, da der Wettbewerb, besonders auf den Auslandsmärkten, seit 1958 immer schärfer geworden ist.

Im übrigen entsprechen die 8 Mill. DM Auslandsumsatz einem Anteil von 14% und die vorerwähnten 126 Mill. DM einem Anteil von

Gesamt - Erzeugung und wichtigste Erzeugnisse 1958 - 1964

		1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Produktionsindex	-	100	116	119	104	112	115	121
Bruttoproduktionswert	Mill. DM	77,6	92,0	96,1	91,4	103,4	106,3	118,3
Räucherwaren	†	2 429	2 703	2 606	1 992	1 829	1 890	2 111
Marinaden	†	8 821	9 336	9 246	9 234	8 967	8 887	8 812
Vollkonserven	†	19 580	23 553	24 670	20 431	22 540	23 219	25 296
Krabben, Krebse	†	562	469	403	416	431	602	540

4% am Auslands- bzw. Gesamtumsatz der NG-Industrie.

Bemerkenswert ist der verhältnismäßig niedrige Umsatz je Beschäftigten, der - obwohl er seit 1958 um 64% gestiegen ist - nur 47 200 DM beträgt, während der Durchschnitt der NG-Industrie bei 93 000 DM (Umsatz ohne Verbrauchsteuer) liegt. Dem geringen Umsatz je Beschäftigten steht ein verhältnismäßig hoher Anteil der Personalkosten (Löhne + Gehälter) am Umsatz von 13% (genau wie im Jahre 1958) gegenüber. Bei der gesamten NG-Industrie erreichte dieser Anteil nur 7%. Die fischverarbeitende Industrie gehört also zu den Branchen, deren Lohnintensität etwa in der Mitte der ganzen Skala liegt.

Die Produktionszahlen der fischverarbeitenden Industrie seit 1958 zeigt die obestehende Tabelle.

Das Produktionsvolumen der fischverarbeitenden Industrie Schleswig-Holsteins hat 1964 den bisherigen Höchstwert von 1960 erstmalig überschritten. Der auffallende Rückgang im Jahre 1961 um 15 Punkte (im Bundesgebiet 7 Punkte) betraf vor allem die Räucherwaren und die Vollkonservenerzeugung und ist durch verschiedene Umstände verursacht worden: so schieden damals von insgesamt 85 Betrieben 7 aus, eine Folge der bereits eingangs erwähnten schwierigen Absatz- und Wettbewerbsverhältnisse. Die Lage verschärfte sich 1961 auch noch dadurch, daß dies ein mageres Heringsjahr war (die Heringsanlandungen waren im Bundesgebiet um fast ein Drittel kleiner als 1960), was steigende Rohwarenpreise zur Folge hatte. Um dieselbe Zeit waren auch noch gewisse Umstellungen der Produktionsverfahren nötig, da das neue Lebensmittelgesetz die Verwendung einiger Konservierungsmittel (z. B. Hexamethylentetramin) einschränkte oder verbot. Die Erzeugerpreisindizes (1958 = 100) für die Jahre 1959 - 1961 geben ein deutliches Bild der Entwicklung: von 1959 auf 1960 stieg der Index um 12 Punkte auf 104 und 1961 abermals - um 4 Punkte - auf 108. 1964 erreichte er 117, wobei allerdings die Zunahme in den letzten drei Jahren zum

großen Teil auch auf die Lohn- und Gehaltserhöhungen und die Arbeitszeitverkürzungen zurückzuführen sein dürfte.

Was die einzelnen Erzeugnisgruppen der fischverarbeitenden Industrie anbelangt, so lag zwar schon 1958 der Schwerpunkt bei der Herstellung von Vollkonserven, doch hat deren Anteil an den wichtigsten Fischerzeugnissen unseres Landes noch weiter zugenommen. Die Produktionszuwachsrate gegenüber 1958 betrug 31%. Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Vollkonservenerzeugung im gesamten Bundesgebiet erreichte dadurch 59%.

Am größten jedoch ist der Anteil der Krebs-, Krabben- und Muschelverarbeitung an der Bundeserzeugung; obwohl die Produktion Schleswig-Holsteins seit 1958 um 4% zurück ging, betrug der Bundesanteil 73%.

Die Produktion von Marinaden ist vom Höchstwert 1959 langsam aber stetig auf den Umfang des Jahres 1958 abgesunken. 1964 betrug der Anteil an der Bundeserzeugung 15%.

Am stärksten - um fast ein Drittel - nahm aber die Produktion von Räucherwaren ab; dennoch lag der Bundesanteil noch immer bei 13%.

Diese Veränderungen - weniger Räucherwaren, gleichgebliebene Marinadenerzeugung, stark erhöhte Vollkonservenerzeugung - dürften sich in der Hauptsache aus den Wandlungen der Verbrauchergewohnheiten und -forderungen erklären. Die Verbraucher wandten sich nämlich in den letzten Jahren immer mehr von solchen Fischerzeugnissen ab, die bei der Zubereitung im Haushalt viel Arbeit erfordern und bevorzugten Vollkonserven, die nicht nur fertig zubereitet geliefert werden und durch zahlreiche verschiedene Tunken große Abwechslung im Geschmack bieten, sondern darüber hinaus auch noch fast unbegrenzt haltbar sind.

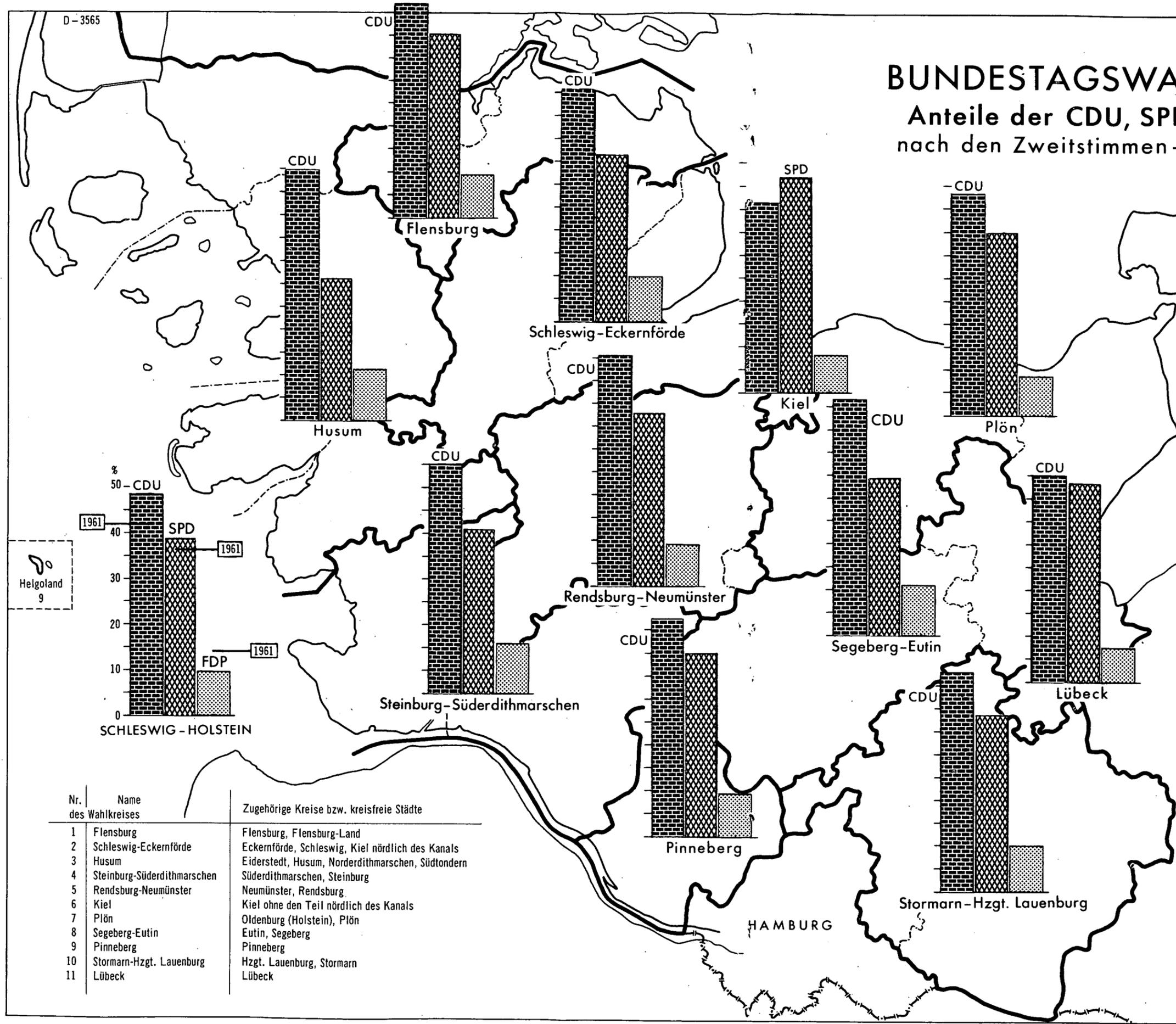
Dipl.-Ing. Erich Hirschbrich

Quellen:

Berichte des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Schleswig-Holstein und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für 1958-1964. Allgemeine Fischereizeitung 1958-1965

# BUNDESTAGSWAHL 1965

## Anteile der CDU, SPD und FDP nach den Zweitstimmen-Ergebnissen



Die drei Parteien CDU, SPD und FDP erhielten in Schleswig-Holstein bei der Bundestagswahl am 19. 9. 1965 über 96% aller Zweitstimmen. Die CDU ging mit 48,2% der Stimmen als stärkste Partei aus der Wahl hervor, während die SPD 38,8% und die FDP nur 9,4% erreichten. Die CDU und die SPD haben sowohl absolut als auch prozentual Stimmen gewonnen, die FDP mußte dagegen Verluste hinnehmen.

Die CDU erzielte in zehn Wahlkreisen die Mehrheit, die SPD nur in Kiel. In vier Wahlkreisen konnte die CDU sogar die absolute Mehrheit gewinnen, wobei der Anteil im Wahlkreis Husum mit 54,6% besonders hoch ist. Die FDP buchte ihren größten Anteil im Wahlkreis Husum mit 11%. Ein Vergleich mit dem auf die neuen Wahlkreise umgerechneten Ergebnis von 1961 zeigt, daß sich die Mehrheitsverhältnisse entscheidend nur im Wahlkreis Pinneberg geändert haben. Dort hat die SPD ihren leichten Vorsprung eingebüßt und der CDU die Mehrheit überlassen müssen. In Lübeck hat sich die CDU behaupten können, in Kiel ist sie der Siegerin SPD nähergerückt und in den übrigen Wahlkreisen - bis auf zwei - hat sie ihren Vorsprung mehr oder weniger kräftig ausbauen können. In den Wahlkreisen Flensburg und Schleswig-Eckernförde hat sich der Abstand zwischen CDU und SPD etwas verringert.

Schleswig-Holstein wird im neuen Bundestag nach dem vorläufigen Wahlergebnis von 21 Abgeordneten vertreten sein; 11 davon wurden in den Wahlkreisen direkt gewählt und 10 ziehen über die Landesliste in den Bundestag ein. Die CDU stellt 11 Abgeordnete, die SPD 8 und die FDP 2.

# Schiffsbestand 1963

Wenn man den Schiffsbestand Schleswig-Holsteins beschreiben will, muß man zunächst einmal klarstellen, was darunter zu verstehen ist. Schiffe sind nun einmal über weite Strecken unterwegs und verbinden die Länder. Man kann also nicht von in Schleswig-Holstein eingesetzten Schiffen sprechen, da ihre Fahrten meist die Landesgrenze überschreiten. Sinnvoll wäre es, die Schiffe der in Schleswig-Holstein wohnenden Eigentümer zusammenzufassen. Aus praktischen Erwägungen heraus nimmt man aber einen anderen Begriff, nämlich die im Lande im Schiffsregister eingetragenen Schiffe.

In den meisten Fällen werden die Eigentümer dieser Schiffe auch im Lande wohnen. Das muß aber nicht so sein, da der Registerort sich nach dem Heimathafen des Schiffes richtet. Bei einem Seeschiff kann er sogar unter Umständen frei gewählt werden. Für kleinere Schiffe ist die Eintragung in das Schiffsregister frei gestellt. Seeschiffe müssen von einem Bruttoreaumgehalt von 50 cbm = 17,65 BRT ab eingetragen werden. In unserer Darstellung sind aber nur Schiffe erfaßt, die mindestens 100 BRT haben. Obwohl auch andere Schiffe registerpflichtig sind, werden hier nur die Handelsschiffe besprochen. Es fehlen auch die Schiffe im Eigentum der öffentlichen Hand, da sie nicht in das Register eingetragen zu werden brauchen. Binnenschiffe werden registriert, wenn sie mindestens 20 t Tragfähigkeit haben oder ein Schlepper sind. Unsere Darstellung umfaßt hier alle registerpflichtigen Schiffe ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck.

## Binnenschiffe

Insgesamt waren am 31. 12. 1963 in Schleswig-Holstein 371 Binnenschiffe registriert. Über zwei Drittel von ihnen waren Güterschiffe mit eigener Triebkraft. Sie haben insgesamt eine Tragfähigkeit von fast 100 000 t und eine Maschinenleistung von fast 50 000 PS. Zahlenmäßig liegt der Schwerpunkt in der Klasse von 50 - 200 t. Diese 104 Schiffe haben aber nur eine Tragfähigkeit von insgesamt 12 000 t. Schon die 52 Schiffe der nächsten Klasse vermögen 2 000 t mehr zu transportieren. Auf die 38 Schiffe von 901 - 1 400 t entfällt schließlich mit 37 000 t Tragfähigkeit über ein Drittel der Gesamtkapazität. Von den Güterschiffen sind 27 Tankschiffe. Sie haben zum größten Teil eine Tragfähigkeit von über 900 t. Die  Hälfte dieser großen Schiffe sind also Tanker. Die gesamte Tank-

schiffkapazität beträgt 22 000 t und damit über ein Fünftel der Ladekapazität der Güterschiffe überhaupt.

Neben den Güterschiffen mit eigener Triebkraft spielen die Schiffe ohne eigenen Antrieb, die also geschleppt werden müssen, kaum eine Rolle. Es gibt von ihnen nur 19 mit einer Kapazität von 10 000 t. Davon sind 3 Tankkähne. Das fast völlige Fehlen von Schleppzügen ist für den Verkehr auf den Wasserstraßen des Landes charakteristisch. Die zahlreichen kleinen Transporte erfordern kleine Selbstfahrer und machen Schleppzüge mit mehreren tausend Tonnen Tragfähigkeit unrentabel. Für den Gebrauch in den Häfen gibt es 60 Schuten und Leichter. Sie sind meist zwischen 50 t und 200 t groß. Insgesamt vermögen sie 9 000 t zu tragen. Bei den wenigen Schleppkähnen ist es nicht verwunderlich, daß es auch nur wenige Schlepper gibt, wenn man von den Hafenschleppern absieht. Nur 4 Schlepper sind im Lande registriert, von denen 3 zwischen 200 und 250 PS und einer 700 PS haben. Auf den großen Binnenseen, besonders der Holsteinschen Schweiz, verkehren eine Reihe von Fahrgastschiffen. Es sind insgesamt 20, die für 2 900 Fahrgäste Raum bieten, 7 von ihnen können 50 - 100 Personen aufnehmen, 10 100 - 300 und eines 500 Personen.

Der Binnenschiffsbestand ist überaltert. Drei Viertel der Schiffe sind über 30 Jahre alt, die Hälfte sogar über 50 Jahre. Sieht man sich die Altersgliederung im einzelnen an, so bemerkt man, daß einzelne Gattungen aussterben, in anderen ändert sich die Struktur. So sind von den 167 Güterschiffen mit eigenem Antrieb unter 350 t nur 9 jünger als 30 Jahre. Die 62 Schiffe mit über 600 t Tragfähigkeit dagegen sind bis auf 3 in den letzten 30 Jahren gebaut. Von den 63 Schiffen, die höchstens 10 Jahre alt sind, gehören 48 in diese Größenklassen, weitere 12 haben zwischen 351 t und 600 t. Die Entwicklung geht also hier zum größeren Schiff. Deshalb sieht die Sache anders aus, wenn man die Kapazität im Auge hat. Rund 60% der Ladekapazität sind in den letzten 30 Jahren gebaut worden, während es nur 31% der Schiffe sind. Etwa die Hälfte der Ladekapazität ist jünger als 10 Jahre, aber nur 24% der Schiffe. Zu den aussterbenden Gattungen gehören die Schleppkähne. Nur ein Tankkahn ist in den letzten 5 Jahren gebaut worden. Alle anderen Schiffe sind über 30 Jahre alt, zwei Drittel von ihnen sogar über 50 Jahre. Auch von den Schuten und Leichtern sind nur 4 jünger als 30 Jahre,

Binnenschiffe nach Schiffsgattung und Tragfähigkeit

Schiffsgattung	Insgesamt	davon mit einer Tragfähigkeit von					
		20 – 50 t	51 – 200 t	201 – 350 t	351 – 600 t	600 – 900 t	901 – 1 400 t
Güterschiffe mit eigener Triebkraft	268	11	104	52	39	24	38
darunter Tankschiffe	27	–	2	1	–	6	18
Güterschiffe ohne eigene Triebkraft	19	–	3	5	3	4	4
darunter Tankkähne	3	–	1	1	–	1	–
Schuten und Leichter	60	14	37	2	1	6	–
Schlepp- und Schubfahrzeuge <sup>1</sup>	4	.	.	.	.	.	.
Fahrgastschiffe	20	.	.	.	.	.	.

1) ohne Hafenschlepper

zwei Drittel aber wieder über 50. Auch die Schlepper haben ein würdiges Alter. Einer von ihnen fährt seit über 50 Jahren mit einem Radantrieb. Auch Fahrgastschiffe sind in den letzten 10 Jahren nicht mehr gebaut worden. 14 von ihnen sind zwischen 30 und 50 Jahren alt.

Von den selbstfahrenden Güterschiffen befinden sich 80% in der Hand von Partikulieren, also Schiffen ohne eigene Frachtorganisation. Es sind dies besonders die kleineren Schiffe. Nur 20% der Schiffe, aber 40% der Kapazität wird von Reedern betrieben. Die wenigen Werkschiffe spielen keine Rolle. Von den Tankschiffen fahren sogar 23 mit 19 000 t Tragfähigkeit für Reedereien. Die Schleppkähne gehören dagegen, von einigen Werkschiffen abgesehen, Partikulieren. Bei den Schuten und Leichtern herrschen die Werkschiffe der Zahl nach vor. Die Partikuliere haben mit 10 Schiffen einen Anteil von 10% an der Kapazität, die Reedereien aber haben mit 12 Schiffen fast den halben Laderaum. Von den 20 Fahrgastschiffen sind 8 mit 1 700 Plätzen in Eigentum von Partikulieren, weitere 8 mit 800 Plätzen gehören Reedereien und 4 mit 400 Plätzen fahren als Werkschiffe.

Der Binnenschiffsbestand des Bundesgebietes hat eine ganz andere Struktur als der Schleswig-Holsteins. Während im Lande 91% der Ladekapazität auf Selbstfahrer entfällt, sind es im Bundesdurchschnitt nur 58%.<sup>1</sup> Die Schiffe sind im Lande im Durchschnitt auch kleiner. So stehen 370 t durchschnittlicher Tragfähigkeit der Selbstfahrer im Bundesgebiet 550 t gegenüber. Hier sind auch mit zunehmender Größe die Klassen nicht immer schwächer, sondern immer stärker besetzt. Die am häufigsten besetzte Klasse ist die von 901 bis 1 400 t. Sie ist mit 22% an den 5 200 Schiffen und mit 40% an

den 2,8 Mill. t Ladekapazität beteiligt. Schleswig-Holstein hat einen Anteil von 5,2% der Schiffe und 3,5% der Tragfähigkeit. Diese Anteile betragen bei den Schleppkähnen nur 0,8% der Schiffe und 0,5% der Tragfähigkeit. Die 2 500 Schleppkähne des Bundesgebietes haben 2,1 Mill. t Tragfähigkeit. Das sind im Schnitt 860 t je Kahn gegenüber 530 t in Schleswig-Holstein.

Der Altersaufbau zeigt auch im Bundesdurchschnitt einen Übergang zum Selbstfahrer und hier zum größeren Schiff. So sind 88% der Kähne über 30 Jahre alt. Bei den Selbstfahrern sind es 62%. Nimmt man aber nur die Selbstfahrer bis 350 t, so beträgt der Anteil 88%, in der Klasse 351 bis 600 t sind es 70% und darüber nur 36%. Die Verjüngung in den größeren Klassen ist in Schleswig-Holstein also kräftiger.

Seeschiffe

Von Seeschiffen, die Handelszwecken dienen und größer als 100 BRT sind, sind in Schleswig-Holstein 304 registriert. Sie haben insgesamt 480 000 BRT. Der größte Teil, nämlich 274 Schiffe mit fast 400 000 BRT, sind Motorschiffe. Unter den Dampfern gibt es noch 6 mit Kohlenfeuerung. Es sind kleine, meist unter 500 BRT, so daß sie insgesamt auch nur 1 800 BRT haben. Die ölgefeuerten Dampfer sind dagegen zum Teil recht groß. Es sind 24 mit 80 000 BRT. Weit über die Hälfte der Schiffe ist kleiner als 500 BRT. Auf diese Klasse entfällt nur gut ein Zehntel des Raumgehaltes. Der Schwerpunkt liegt bei den Schiffen mit mehreren tausend BRT. In der Größe von 2 000 - 5 000 BRT gibt es 38, die mit 115 000 BRT ein Viertel der Tonnage haben. Ein weiteres Viertel stellen die 16 Schiffe von 5 - 10 000 BRT. Es gibt dann nur noch 6 größere Schiffe, die aber zusammen weitere 100 000 BRT haben. Die Schiffe über

1) Alle Bundeszahlen: 31. 12. 1962

## Seeschiffe nach Heimathäfen und Raumgehalt

Heimathafen	Insgesamt	davon mit einem Raumgehalt von						
		100 – 500 BRT	501 – 1 000 BRT	1 001 – 2 000 BRT	2 001 – 5 000 BRT	5 001 – 10 000 BRT	10 001 – 20 000 BRT	über 20 000 BRT
Lübeck	70	17	9	16	15	10	3	–
Rendsburg	52	41	–	4	3	1	2	1
Kiel	43	18	4	4	13	4	–	–
Flensburg	55	28	8	11	7	1	–	–
Übrige Häfen	84	77	4	3	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>304</b>	<b>181</b>	<b>25</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	<b>16</b>	<b>5</b>	<b>1</b>
Raumgehalt in 1 000 BRT	480	54	22	60	115	128	78	24

2 000 BRT machen zwar nur ein Fünftel der Gesamtzahl aus, sie stellen aber fast drei Viertel des Raumgehaltes.

Die 6 größten Schiffe des Landes sind die Schiffe der Reederei Entz in Rendsburg (Partenreederei: Nordfriesische Reederei) und der Reederei Oldendorff in Lübeck. Der Erz-Öl-Dampfer "Elisabeth Entz" hat 24 457 BRT und eine Tragfähigkeit von 36 300 t. Er ist 205 m lang, und die Besatzung ist 57 Mann stark. Die 12 700 PS der Maschine geben dem 1961 in Bremen gebauten Schiff eine Geschwindigkeit von 15,8 kn. Die beiden Schwesterschiffe "Christoffer Oldendorff" und "Henning Oldendorff" sind 1962 und 1963 in Lübeck vom Stapel gelaufen. Sie sind Fracht-Motorschiffe mit je 10 500 PS und 15,5 kn Geschwindigkeit. Bei einem Raumgehalt von 19 940 BRT können sie 30 500 t tragen. Sie haben Besatzungen von 35 Mann und eine Länge von 193 m.

Durch die Kriegsverluste und die Ablieferungen der Schiffe nach dem Kriege ist der Seeschiffsbestand verhältnismäßig stärker betroffen worden als der Binnenschiffsbestand. Der dann notwendige Wiederaufbau führte zu einer recht günstigen Altersgliederung. Zwar sind 94 Schiffe, also fast ein Drittel, 1945 und früher gebaut. Sie haben aber nicht einmal ein Zehntel der Tonnage. 35 von ihnen sind sogar vor 1921 gebaut, sie haben aber zusammen nur 9 000 BRT. Der größte Teil der Tonnage, nämlich 87%, ist erst nach 1951 vom Stapel gelaufen. Es sind dies 191 Schiffe, also fast zwei Drittel des Bestandes, die höchstens 12 Jahre alt sind. Darunter sind alle Schiffe über 5 000 BRT und vier Fünftel der Schiffe von 2 - 5 000 BRT. Von den Schiffen von 100 - 500 BRT ist gut die Hälfte, nämlich 96, in dieser Zeit entstanden. Die Zahl ist größer als die aller gleichzeitig gebauten Binnenschiffe. Das ist verständlich, da diese Schiffsgröße auch Binnenwasserstraßen befahren kann. Dadurch ist sie sehr vielseitig einsetzbar und stellt einen für Schleswig-Holstein besonders brauchbaren Schiffstyp dar.

Der Strukturwandel bei den Binnenschiffen darf also nur mit einem Blick auf die kleinen Seeschiffe gesehen werden.

Der größte Teil der Seeschiffe ist in den 4 großen Häfen des Landes beheimatet. An der Spitze steht Lübeck, das zwar nur ein Viertel der Schiffe, aber mit 220 000 BRT fast die Hälfte der Tonnage besitzt. Die mittleren und großen Schiffe herrschen hier vor. Auch in Rendsburg sind solche Schiffe registriert. Von den dortigen 52 Fahrzeugen sind aber 41 kleiner als 500 BRT. So ist in diesem Hafen nur eine Tonnage von 92 000 BRT beheimatet. Mittlere und kleine Schiffe bestimmen das Bild in Kiel, das 43 Schiffe mit 80 000 BRT umfaßt. Die Flensburger Flotte besteht zur Hälfte aus Schiffen unter 500 BRT. Ihr gesamter Raumgehalt beträgt 59 000 BRT. Über ein Viertel der Seeschiffe verteilt sich auf die übrigen Häfen des Landes. Es sind aber fast ausschließlich kleine Schiffe. Sie haben mit 28 000 BRT deshalb auch nur 6% der Tonnage.

In der Bundesrepublik sind 2 400 Seeschiffe mit 5,4 Mill. BRT registriert. Von der Tonnage ist weit über die Hälfte in Hamburg und ein Viertel in Bremen beheimatet. Mit diesen großen Seehäfen mit weltweitem Überseeverkehr kann sich das Land nicht vergleichen. Es hat nur 13% der Schiffe und 9% der Tonnage. Aber der Tonnageanteil ist etwas größer als der Niedersachsens. Die durchschnittliche Schiffsgröße ist mit 1 600 BRT sogar erheblich höher als die niedersächsische von 900 BRT. Im Bundesdurchschnitt haben die Schiffe allerdings einen Raumgehalt von fast 2 300 BRT.

Es sei noch ein kurzer Blick auf die Fischereifahrzeuge geworfen. An der großen Hochseefischerei ist das Land nur wenig beteiligt. 23 Fahrzeuge mit 12 000 BRT gehen von Schleswig-Holstein aus auf Fang. Das ist nur etwa ein Zehntel der deutschen Flotte. Die kleine Hochsee- und Küstenfischerei wird dagegen stärker betrieben. 107 Motorfischkutter mit

über 18 m Länge sind an der Ostküste und 33 an der Westküste registriert. Die zahlreichen kleineren Fahrzeuge sollen hier unbeachtet bleiben.

Neben Handels- und Fischereifahrzeugen gibt es noch Seeschiffe, die nicht eigentlichen Handelszwecken dienen. Von ihnen gibt es 86 in Schleswig-Holstein, 32 davon sind Bagger, Klappschuten und sonstige Baggereifahrzeuge. 28 Schlepper und Bergungsfahrzeuge tun von den Häfen des Landes aus ihre Dienste. 13 Lustjachten und Bereisungsfahrzeuge stehen zur Verfügung. Die restlichen Schiffe dienen den verschiedensten Zwecken.

Auch die Behörden des Bundes und Landes unterhalten eine Reihe seegehender Fahrzeuge.

Der Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Kiel unterstehen 26 Schiffe, vom Seezeichenfahrzeug bis zum Lotsenversetzschiff. 6 Schiffe fahren für die Bundesbahn, darunter die beiden Eisenbahnfähren "Deutschland" und "Theodor Heuß". Im Dienst der Hauptzollämter des Landes stehen 11 Zollschiffe. Das Land selbst hat 27 Schiffe fahren. Es sind dies Polizeiboote, Fischereiaufsichtsschiffe und Schlepper der Marschenbauämter. Die 3 Feuerschiffe, 3 Seenotrettungskreuzer und 4 -boote und die zahlreichen Fahrzeuge der Bundeswehr seien nur am Rande erwähnt.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Die Binnenschiffe in Schleswig-Holstein Ende 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 172 (August)

## Das Vermögen und seine Besteuerung 1963

Die auf den 1. Januar 1963 durchgeführte Hauptveranlagung zur Vermögensteuer ergab in Schleswig-Holstein für 16 833 Steuerpflichtige ein Gesamtvermögen von 3,6 Milliarden DM. Hierzu wurde eine Jahressteuerschuld von 29 Mill. DM festgesetzt. Gegenüber dem letzten Hauptveranlagungszeitpunkt, dem 1. 1. 1960, hat sich die Zahl der Vermögensteuerpflichtigen kaum verändert, während sich das Gesamtvermögen - bei beschränkt Steuerpflichtigen das Inlandsvermögen - um 789 Mill. DM oder 28% erhöhte. Am relativ stärksten erhöhte sich die Steuerschuld, nämlich um 37% oder 8 Mill. DM.

Nicht zum Ausdruck kommt in der unveränderten Zahl der Steuerpflichtigen der Einfluß, der seit 1963 erstmals durch die Vergrößerung des Kreises der Nichtveranlagten entstanden ist. Während bei der Hauptveranlagung 1960 nur diejenigen nicht veranlagt wurden, deren Vermögen unter 41 000 DM blieb, wurde 1963 dieser Kreis erweitert. Es wurden jetzt auch Steuerpflichtige nicht veranlagt, wenn bei einer Haushaltsbesteuerung das abgerundete Gesamtvermögen der zusammen veranlagten Personen unter 20 000 DM je Person blieb. Diese neue Regelung und das Aufrücken Steuerpflichtiger in höhere Vermögensgruppen sowie das Absinken der Kinderfreibeträge hatten zur Folge, daß die Zahl der Steuerbefreiten von 1960 auf 1963 um 2 614 auf 1 752 abnahm.

Aus der Tabelle läßt sich in groben Zügen ablesen, wie sich das steuerpflichtige Vermögen seit 1953 entwickelt hat. Voraus-

Das Gesamtvermögen und die Steuerschuld der veranlagten Vermögensteuerpflichtigen

	1953	1960	1963	Veränderung 1963 gegenüber 1953   1960 in %	
				-	+
Steuerpflichtige	25 171	16 851	16 833	- 33	- 0,1
Gesamtvermögen <sup>1</sup> in Mill. DM	1 464	2 837	3 626	+ 148	+ 28
Steuerschuld in Mill. DM	9	21	29	+ 213	+ 37

1) bei beschränkt Steuerpflichtigen: Inlandsvermögen

geschickt sei, daß sich zwischen 1960 und 1963 die gesetzlichen Vorschriften über die Besteuerung des privaten und öffentlichen Vermögens nicht geändert haben; dies gilt insbesondere für die Bewertung des Vermögens und für die Freibeträge, die unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen vom Gesamtvermögen absetzen können.

Der Kreis der vermögensteuerpflichtigen Personen hatte sich zwischen 1953, dem Zeitpunkt der ersten Hauptveranlagung zur Vermögensteuer nach dem Kriege, und 1960 erheblich, zwischen 1960 und 1963 jedoch nur unwesentlich geändert. Die Zahl der Personen mit steuerpflichtigem Vermögen liegt also weitgehend fest; Zugänge und Abgänge halten sich etwa die Waage. In dieser Entwicklung kommt eine gewisse Konsolidierung der Vermögensverteilung zum Ausdruck. Die stürmische Zunahme der Vermögen nach dem Kriege, die in gewissem Abstand der wirtschaftlichen Entwicklung

Das Gesamtvermögen<sup>1</sup> der veranlagten natürlichen und nichtnatürlichen Personen

	Natürliche Personen			Nichtnatürliche Personen		
	1960	1963	Veränderung in %	1960	1963	Veränderung in %
Steuerpflichtige	15 311	15 050	- 2	1 540	1 783	+ 16
Gesamtvermögen in Mill. DM						
positiv	2 054	2 580	+ 26	783	1 046	+ 34
negativ	-	-	-	47	83	+ 75
Steuerschuld in Mill. DM	13	19	+ 39	8	10	+ 35

1) bei beschränkt Steuerpflichtigen: Inlandsvermögen

folgend weiter nichts als das Auffüllen eines leeren Raumes war, ist beendet.

Das Gesamtvermögen erhöhte sich zwischen den beiden letzten Veranlagungszeitpunkten bei gleichbleibender Zahl der Steuerpflichtigen um etwas über ein Viertel. Im Durchschnitt je Steuerpflichtigen erhöhte es sich von 168 000 DM am 1. 1. 1960 auf 215 000 DM am 1. 1. 1963. Der Vermögenszuwachs wirkte sich vorwiegend in den mittleren und höheren Vermögensgruppen aus. Da nur wenige Steuerpflichtige in die unteren Vermögensgruppen nachrückten, konnten für den Vermögenszuwachs nur zu einem geringen Teil neue Freibeträge in Anspruch genommen werden. Der Zuwachs mußte also voll versteuert werden. Daher nahm unter anderem auch die Jahressteuerschuld, die am 1. 1. 1963 festgesetzt wurde, gegenüber 1960 relativ stärker zu als das Gesamtvermögen.

Den größten Teil der Steuerpflichtigen machen die natürlichen Personen aus, nämlich fast neun Zehntel. Gut ein Zehntel sind nichtnatürliche Personen, und zwar besonders Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Das Gesamtvermögen verteilt sich etwa im Verhältnis 7 : 3 auf die natürlichen und nichtnatürlichen Personen. Bei den Körperschaften besteht es ausschließlich aus Betriebsvermögen und ist je Steuerpflichtigen im Durchschnitt wesentlich höher als das Gesamtvermögen der natürlichen Personen. Es belief sich je steuerpflichtige nichtnatürliche Person am 1. 1. 1963 durchschnittlich auf 587 000 DM, je natürliche Person dagegen nur auf 171 000 DM.

In dieser großen Differenz spiegelt sich auch die unterschiedliche Bewertung der verschiedenen Vermögensarten wider. Bekanntlich wird das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen immer noch nach den Wertverhältnissen aus dem Jahre 1935 bewertet, während das Betriebsvermögen und das sonstige Vermögen nach dem gemeinen Wert<sup>1</sup> anzusetzen ist. Innerhalb des Betriebsvermögens der Körperschaften entfällt in

der Regel nur ein geringer Teil auf Grund- oder land- und forstwirtschaftliches Vermögen. Die statistischen Angaben über das Vermögen dieses Kreises sind also weitgehend dem gemeinen Wert angenähert. Dagegen bleibt das ausgewiesene Vermögen der natürlichen Personen unter dem Tageswert zurück, da ein erheblicher Anteil auf das Grund- und land- und forstwirtschaftliche Vermögen entfällt.

Weil die Körperschaften Freibeträge nicht in Anspruch nehmen können und die Kapitalgesellschaften unter ihnen der Mindestbesteuerung unterliegen, ist die steuerliche Belastung ihres Gesamtvermögens etwas höher als bei den natürlichen Personen. Von der für das Jahr 1963 festgesetzten Vermögenssteuerschuld von insgesamt 29 Mill. DM entfielen 10 Mill. DM auf nichtnatürliche und 19 Mill. DM auf natürliche Personen.

In der Zeit zwischen den beiden letzten Hauptveranlagungszeitpunkten hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen, ihr Gesamtvermögen und die Steuerschuld in den beiden Gruppen nicht einheitlich entwickelt. Die Zahl der steuerpflichtigen natürlichen Personen nahm geringfügig ab. Dagegen erhöhte sich die Zahl der zur Vermögensteuer veranlagten nichtnatürlichen Personen um 16% auf 1 783. Es ist dies der kräftigste Zuwachs zwischen zwei Hauptveranlagungszeitpunkten nach dem Kriege. Auch das positive Gesamtvermögen der Körperschaften nahm überdurchschnittlich zu. Es erhöhte sich um 34% auf 1,05 Milliarden DM.

Beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen.

Zu den beschränkt Steuerpflichtigen zählen natürliche (und nichtnatürliche) Personen, soweit sie in der Bundesrepublik Deutschland

1) der gemeine Wert ist ein steuerlicher Wert, der bei der Bewertung stets anzuwenden ist, falls nichts anderes vorgeschrieben ist. Er wird durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes bei einer Veräußerung zu erzielen wäre (§ 10 Bewertungsgesetz)

(einschl. Berlin-West) weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Diese Personen unterliegen nur mit ihrem Inlandsvermögen der Vermögensteuerpflicht, 606 Steuerpflichtige unter den zum 1. 1. 1963 veranlagten natürlichen Personen unterlagen der beschränkten Steuerpflicht; das sind etwa 4% aller natürlichen Personen und 167 weniger als 1960. Ihr Inlandsvermögen belief sich auf 25 Mill. DM, das sind nur 1% des Gesamtvermögens. Hinsichtlich ihres Vermögensanteiles spielen also die beschränkt Steuerpflichtigen keine Rolle. Es sei erwähnt, daß sich unter ihnen drei Vermögensmillionäre befinden.

#### Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen Personen, die im Bundesgebiet oder West-Berlin ihren Wohnsitz haben. Die unbeschränkte Vermögensteuerpflicht erstreckt sich auf das gesamte Vermögen. Ausgangspunkt für die Berechnung des steuerpflichtigen Vermögens und umfassendster Vermögensbegriff ist das Rohvermögen. Es umfaßt die Summe aller Vermögenswerte der veranlagten Steuerpflichtigen ohne Abzug der Schulden und sonstigen Abzüge sowie der Freibeträge. Der Wert dieses Vermögens belief sich am 1. 1. 1963 für alle unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen auf 3,1 Milliarden DM. Das entspricht einer Zunahme gegenüber dem davorliegenden Hauptveranlagungszeitpunkt um 22%. In der Gliederung nach Vermögensarten ist die Entwicklung sehr unterschiedlich verlaufen, was vorwiegend auf die überholten Bewertungsvorschriften zurückzuführen ist.

So ist der Wert des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens zwischen 1960 und 1963 um weitere 14% zurückgegangen. Er betrug am 1. 1. 1963 nur noch 198 Mill. DM, das sind 6,4% des gesamten Rohvermögens.

Gegenüber 1953 ergibt sich sogar ein Vermögensverlust von 64%. Diese Angaben haben mit den realen Wertverhältnissen nichts mehr zu tun; sie täuschen einen Vermögensverlust nur vor. Die Bewertung nach dem Einheitswertprinzip, die auch heute noch - auf Vorschriften aus dem Jahre 1935 beruhend - für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen bindend ist, geht von einem fiktiven Ertragswert aus. Hierdurch wird der Aussagewert der Vermögensteuerstatistik entscheidend herabgesetzt. Ein Vergleich mit anderen Vermögensarten, z. B. mit dem Betriebsvermögen und dem sonstigen Vermögen, die beide mit dem gemeinen Wert bewertet werden, ist unmöglich. Außerdem können die Steuerpflichtigen von ihrem Rohvermögen, welches durch das land- und forstwirtschaftliche Vermögen unterbewertet ist, auch noch ihre Betriebsschulden nach den derzeitigen Wertverhältnissen absetzen. Mit zunehmender Kapitalausstattung der Betriebe bewirkt dies ein ständiges Sinken des Rohvermögens, und dadurch nimmt auch die Zahl der Veranlagten mit land- und forstwirtschaftlichem Vermögen ständig ab. Von 1960 bis 1963 ist die Zahl der Veranlagten um weitere 14% zurückgegangen, was der Abnahme des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens im gleichen Zeitraum entspricht.

Für das Grundvermögen trifft hinsichtlich der Bewertung ähnliches zu wie für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen. Auch hier wird vorwiegend vom Ertragswert ausgegangen; die Zahlenangaben entsprechen keineswegs dem tatsächlichen Wert. Die Unterbewertung tritt jedoch nicht so deutlich zutage, da die lang anhaltende lebhaftere Bautätigkeit im Laufe des letzten Jahrzehnts offensichtlich zur Schaffung neuer Vermögenswerte geführt hat, die sich, wenn auch nur zu einem Teil, in erhöhten Veranlagungswerten niederschlagen. Anders als zwischen 1953 und 1960 hat sich seitdem sowohl die

Das Rohvermögen der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach der Vermögensart

Vermögensart	Fälle			Betrag in Mill. DM		
	1960	1963	Veränderung in %	1960	1963	Veränderung in %
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	4 046	3 497	- 14	230	198	- 14
Grundvermögen	9 192	9 523	+ 4	313	347	+ 11
Betriebsvermögen <sup>1</sup>	8 604	8 811	+ 2	1 092	1 393	+ 28
Sonstiges Vermögen	7 788	9 125	+ 17	914	1 160	+ 27
Rohvermögen überhaupt	14 538	14 444	- 1	2 547	3 096	+ 22

1) ohne überschuldete Betriebe

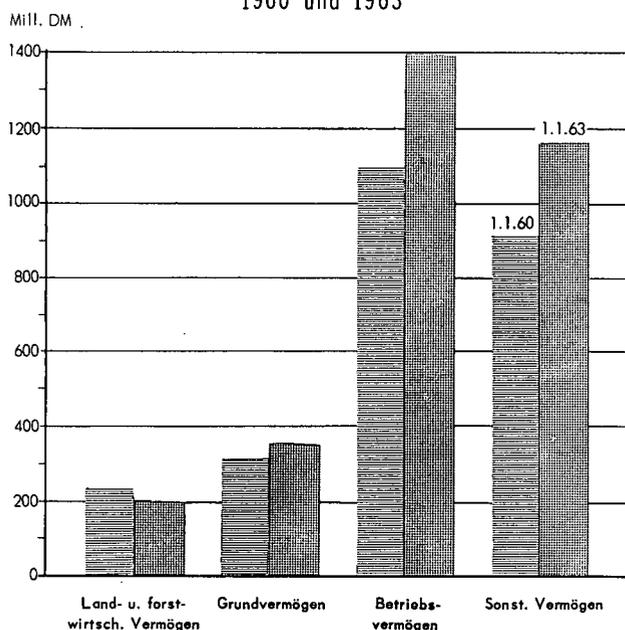
Zahl der Fälle mit Grundvermögen wie auch der Betrag spürbar erhöht. Die Zahl der Fälle mit Grundvermögen nahm um 4% auf 9 523, der Betrag um 11% auf 347 Mill. DM zu. Dieser Zuwachs ist jedoch unterdurchschnittlich, so daß der Anteil des Grundvermögens am gesamten Rohvermögen weiter zurückgegangen ist. Er betrug 1963 nur noch 11%.

Die Zahl der Vermögensteuerpflichtigen mit Betriebsvermögen hat sich von 1960 bis 1963 geringfügig erhöht, und zwar um 2%. Relativ stark zugenommen hat im gleichen Zeitraum der Wert des Vermögens, nämlich um 28% auf 1,4 Milliarden DM. Auf das Betriebsvermögen vereinigten sich somit am 1. 1. 1963 45% des gesamten Rohvermögens. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß es sich beim Betriebsvermögen (wie auch bei allen anderen Vermögensarten) nur um das steuerlich relevante Vermögen handelt. Die Angaben sind nicht zu verwenden etwa für Untersuchungen über das gesamte volkswirtschaftliche Betriebsvermögen oder ähn-

liches. So ist auch der Wert des Betriebsvermögens, obwohl nach dem gemeinen Wert angesetzt, mit den übrigen Vermögensarten nicht zu vergleichen, weil in ihm aus steuerrechtlichen Gründen die Schuldposten bereits abgezogen sind. Es handelt sich beim Betriebsvermögen also gar nicht um Rohvermögen, sondern um Reinvermögen.

Zum sonstigen Vermögen sind alle übrigen Vermögensarten zusammengefaßt, so u. a. die Kapitalforderungen, Wertpapiere, Renten und anderes. Der Wert dieses Vermögens hat in der Zeit von 1960 bis 1963 ähnlich stark wie das Betriebsvermögen zugenommen. Er belief sich zum 1. 1. 1963 auf 1,2 Milliarden DM, das sind 37% des gesamten Rohvermögens. Im Gegensatz zum Betriebsvermögen hat sich hier im gleichen Zeitraum die Zahl der Fälle (Steuerpflichtige mit sonstigem Vermögen) kräftig erhöht. Sie nahm um 1 337 Fälle oder 17% zu. Den überwiegenden Teil am sonstigen Vermögen machen die Wertpapiere, Anteile und Geschäftsguthaben aus. Daran hat sich auch nichts geändert, nachdem die Kurse für bestimmte Wertpapiere (besonders Aktien) zwischen 1960 und 1963 erheblich gesunken sind.

D 3571 Das Rohvermögen nach der Vermögensart  
1960 und 1963



Zur Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens sind vom Rohvermögen die Schulden und sonstigen Abzüge sowie die Freibeträge abzusetzen. Der Betrag der Schulden und sonstigen Abzüge ist in der Zeit zwischen 1960 und 1963 in wesentlich geringerem Maße angestiegen als das Rohvermögen. Er nahm um 30 Mill. DM von 510 Mill. DM auf 540 Mill. DM zu; das entspricht einem Zuwachs von 6%. Der Zuwachs des Rohvermögens betrug im gleichen Zeitraum 22%. Die Zahl der Fälle mit Schulden ist sogar um 3% zurückgegangen. Der Zuwachs des Rohvermögens beruht also größtenteils auf der Ansammlung neuen "reinen" Vermögens, dem nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil die Aufnahme von Fremdmitteln gegenüber steht. - Zu den sonstigen Abzügen, die veranlagte unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen vom Rohvermögen ab-

Vermögen und Abzüge der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

	Steuerpflichtige Fälle			Betrag in Mill. DM		
	1960	1963	Veränderung in %	1960	1963	Veränderung in %
Rohvermögen	14 538	14 444	- 1	2 547	3 096	+ 22
Schulden und sonstige Abzüge	12 017	11 684	- 3	510	540	+ 6
Gesamtvermögen	14 538	14 444	- 1	2 036	2 556	+ 25
Freibeträge	36 788	34 359	- 7	734	681	- 7
Steuerpflichtiges Vermögen	10 172	12 692	+ 25	1 379	1 893	+ 37
Steuerschuld	10 172	12 692	+ 25	13	18	+ 39

Die Freibeträge der veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Freibetrag	Fälle			Betrag in 1 000 DM		
	1960	1963	Veränderung in %	1960	1963	Veränderung in %
Für den Steuerpflichtigen	14 538	14 444	- 1	290 760	288 880	- 1
Für die Ehefrau	8 134	8 184	+ 1	162 680	163 680	+ 1
Für die Kinder	8 461	6 311	- 25	169 220	126 220	- 25
Wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit	5 655	5 420	- 4	111 620	102 270	- 8
Insgesamt	36 788	34 359	- 7	734 280	681 050	- 7

setzen können, gehören auch die Hypothekengewinnabgabe und der Zeitwert der zukünftigen Raten der Vermögensabgabe. In dem Maße, wie der Lastenausgleich abgewickelt wird, verringern sich diese Beträge und bewirken gleichzeitig ein geringeres Ansteigen der sonstigen Abzüge.

Aus den genannten Gründen hat sich das Gesamtvermögen stärker erhöht als das Rohvermögen. Es betrug 1963 2,6 Milliarden DM, das sind 25% mehr als 1960.

Die gesetzlichen Vorschriften über die Höhe der Freibeträge, die die Steuerpflichtigen vom Gesamtvermögen absetzen können, haben sich in den drei Jahren vor der letzten Hauptveranlagung nicht geändert. Nach wie vor können für den Steuerpflichtigen, die Ehefrau und jedes Kind 20 000 DM abgesetzt werden. Hinzu treten die Freibeträge wegen Erwerbsunfähigkeit oder Alter. Insgesamt hat sich die Zahl der Freibetragsfälle wie auch der Wert der Freibeträge um je 7% vermindert. Diese Verminderung ist überwiegend auf die verringerten Kinderfreibeträge zurückzuführen, daneben aber auch auf die Abnahme der Altersfreibeträge. Die Höhe der Freibeträge für die Steuerpflichtigen und die Ehefrauen hat sich demgegenüber kaum geändert.

Auffällig ist die Abnahme der Freibeträge für Kinder um 25%. Es wird vermutet, daß unter anderem auch die veränderte Altersstruktur der Steuerpflichtigen und ihrer Kinder diesen Rückgang verursacht hat.

Durch Abzug der Freibeträge vom Gesamtvermögen errechnet sich das steuerpflichtige Vermögen. Dieser Vermögensbegriff ist Grundlage für die Berechnung der Steuerschuld. Da sich gegenüber 1960 bei erheblichem Anstieg des Rohvermögens die Schulden nur geringfügig erhöht und die Freibeträge sich gleichzeitig verringert haben, ist das steuerpflichtige Vermögen wesentlich stärker gestiegen als das Rohvermögen. Die 12 700 steuerbelasteten Steuerpflichtigen hatten einen Betrag von rd. 1,9 Milliarden DM zu versteuern. Gegenüber 1960 stieg die Zahl der

Steuerbelasteten um 25%, der Betrag des steuerpflichtigen Vermögens um 37% an. 1960 betrug das steuerpflichtige Vermögen je Steuerbelasteten im Durchschnitt 136 000 DM, 1963 aber 149 000 DM.

Für die überdurchschnittliche Erhöhung des Gesamtbetrages der Steuerschuld sind im wesentlichen zwei Gründe maßgebend. Erstens wirkt sich das Aufrücken der Steuerpflichtigen in höhere Vermögensgruppen aus, während gleichzeitig die Zahl der Steuerpflichtigen in den unteren Gruppen abnimmt. Dadurch sinkt der Anteil der Freibeträge, die vor der Berechnung der Steuerschuld vom Gesamtvermögen abgesetzt werden können. Die Steuerschuld wird relativ höher. Zum anderen entsteht die verhältnismäßig starke Zunahme der Vermögensteuer dadurch, daß sich der Anteil des Vermögens, der nach dem ermäßigten Steuersatz von 0,75% zu versteuern ist, ständig verringert. Der Steuersatz von 0,75% wird angewandt, wenn das steuerpflichtige Vermögen den Betrag der nach dem Lastenausgleichsgesetz festgesetzten Vermögensabgabeschuld nicht übersteigt. Ist das steuerpflichtige Vermögen höher, so unterliegt es dem Steuersatz von 1% jährlich. Insgesamt betrug die effektive steuerliche Belastung 1960 0,96% und 1963 0,97%.

In der Gliederung der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach Vermögensgruppen zeigt sich eine Konzentration in den Gruppen zwischen 50 000 und 250 000 DM. Knapp zwei Drittel der Steuerpflichtigen verfügen über ein Vermögen, das sich zwischen diesen Grenzen bewegt. 22% der Veranlagten hatten ein Vermögen unter 50 000 DM. Innerhalb des gesamten Rohvermögens entfällt auf sie nur ein Anteil von 5%; ihre Steuerschuld beläuft sich sogar nur auf 1% der gesamten Jahressteuerschuld 1963. Demgegenüber entfällt auf die 280 Vermögensmillionäre in Schleswig-Holstein ein Vermögensanteil von 26%. Sie haben 37% der Jahressteuerschuld zu tragen.

Die ungleichmäßige Vermögensverteilung hat sich in der Zeit von 1960 bis 1963 weiter

Veranlagte unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach der Vermögensgruppe am 1.1.1963

Vermögensgruppe <sup>1</sup> in 1 000 DM	Steuerpflichtige			Rohvermögen insgesamt			davon				Jahres- steuer- schuld
							Land- und forstwirtschaftl. Vermögen	Grund- vermögen	Betriebs- vermögen <sup>2</sup>	Sonstiges Vermögen	
	Anzahl	1960 = 100	%	Mill. DM	1960 = 100	%	in % des gesamten Rohvermögens				
unter 30	866	54	6	30,6	54	1	20	31	25	25	0
30 - 40	930	79	6	40,4	73	1	19	24	26	32	0
40 - 50	1 442	63	10	87,7	63	3	17	25	34	24	1
50 - 70	2 537	87	18	191,4	84	6	14	21	39	25	2
70 - 100	2 586	115	18	267,8	111	9	9	18	44	29	4
100 - 250	4 184	143	29	782,2	139	25	6	14	47	33	21
250 - 500	1 182	138	8	507,7	140	16	4	10	47	39	19
500 - 1 000	437	147	3	374,7	148	12	5	8	49	39	15
1 000 und mehr	280	122	2	813,2	125	26	4	4	44	48	37
<b>Insgesamt</b>	<b>14 444</b>	<b>99</b>	<b>100</b>	<b>3 095,8</b>	<b>122</b>	<b>100</b>	<b>6</b>	<b>11</b>	<b>45</b>	<b>37</b>	<b>100</b>

1) Gliederung nach der Höhe des Gesamtvermögens

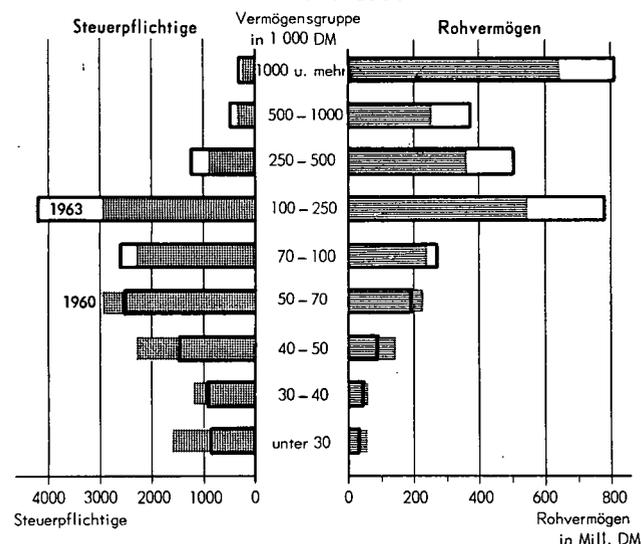
2) ohne überschuldete Betriebe

verstärkt. In diesem Zeitraum nahm in den unteren Vermögensgruppen (bis 70 000 DM) die Zahl der Steuerpflichtigen erheblich ab. Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen änderte sich aber kaum; vielmehr stiegen hierfür Veranlagte in höhere Vermögensgruppen auf. So hat sich z. B. die Zahl der Steuerpflichtigen in der am stärksten besetzten Gruppe von 100 000 bis 250 000 DM um 43% erhöht. Das Rohvermögen stieg etwa in entsprechendem Maße. Die Entwicklung zur Vermögenskonzentration in den höheren Vermögensgruppen bei etwa gleichbleibender Zahl der Steuerpflichtigen läßt sich sehr deutlich aus dem nachfolgenden Bild ablesen.

Auf Grund der besonderen Bewertungsvorschriften für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen konzentrieren sich diese beiden Vermögensarten hauptsächlich in den unteren Vermögensgruppen. Mit zunehmendem Rohvermögen nimmt der Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ziemlich rasch, der des Grundvermögens allmählich ab. Unter den Vermögensmillionären spielen beide Vermögensarten nur noch eine unbedeutende Rolle. Dagegen nimmt der Anteil des Betriebsvermögens und des sonstigen Vermögens mit steigender Vermögensgruppe ständig zu.

D 3573

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen und ihr Rohvermögen nach der Vermögensgruppe 1960 und 1963



Nichtnatürliche Personen

Körperschaften (und sonstige nichtnatürliche Personen), die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben (beschränkt Steuerpflichtige), wurden in Schleswig-Holstein zur Vermögensteuer 1963 nur in 6 Fällen veranlagt. Ihr Vermögen ist unbedeutend. Die Zahl der unbeschränkt Steuerpflichtigen erhöhte sich gegenüber 1960 um 16% auf 1 777. Im gleichen Zeitraum nahm das positive Betriebsvermögen um 29% auf 1,09 Milliarden DM zu.

Ausgangspunkt für die Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens der Körperschaften ist nicht das Rohvermögen, sondern das Betriebsvermögen, wie es sich auf Grund der Einheitswertfeststellung ergibt. Die Schulden und sonstigen Abzüge sind bei diesem Vermögensbegriff bereits vom Rohvermögen abgesetzt. Das Betriebsvermögen der Körperschaften entspricht also in steuerlicher Hinsicht etwa dem Gesamtvermögen der natürlichen Personen. Ferner sei erwähnt,

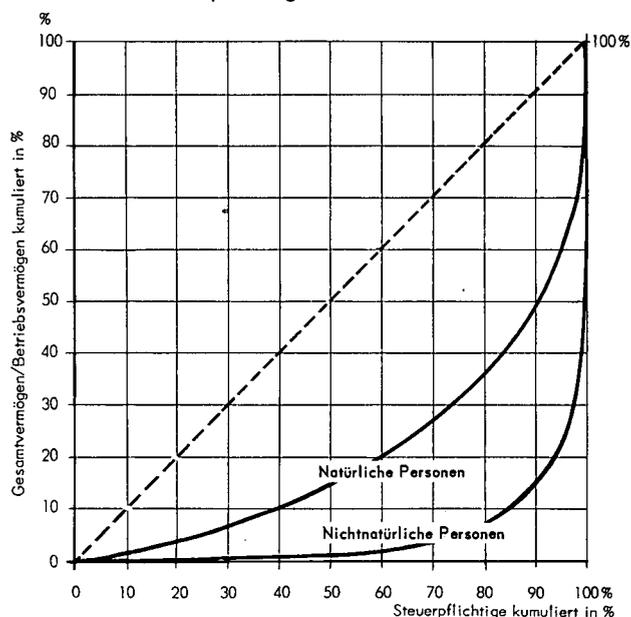
daß nichtnatürliche Personen Steuerfreibeträge im Sinne des § 5 VStG nicht in Anspruch nehmen können. Auch ist es den Kapitalgesellschaften bei Überschuldung nicht möglich, sich der Vermögensteuerbelastung zu entziehen, da für diese Gesellschaften, obwohl kein oder nur ein geringes steuerpflichtiges Vermögen vorhanden, eine Mindestbesteuerung vorgeschrieben ist. Die Zahl dieser Mindestbesteuerungsfälle ist recht erheblich; unter den zum 1. 1. 1963 veranlagten 1 065 Kapitalgesellschaften waren 380, die der Mindestbesteuerung unterlagen.

Als Abzüge vom Betriebsvermögen der Körperschaften kommen nur die Abgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz in Betracht. Der Zeitwert der künftigen Raten der Vermögensabgabe und die rückständige Vermögensabgabe haben sich zwischen 1960 und 1963 mit fortschreitender Abwicklung des Lastenausgleichs weiter verringert. Zum 1. 1. 1963 machten nur noch 451 steuerpflichtige nichtnatürliche Personen Abgaben in Höhe von 48 Mill. DM geltend gegenüber 476 Personen mit 63 Mill. DM im Jahre 1960.

Der sich aus dem Betriebsvermögen minus Abzügen ergebende Betrag muß noch um das gesetzlich vorgeschriebene Mindestvermögen der überschuldeten Betriebe erhöht werden;

D 3572

## Die Verteilung des Vermögens auf die steuerpflichtigen Personen am 1. 1. 1963



die Addition ergibt dann das steuerpflichtige Vermögen. Im Betriebsvermögen waren die überschuldeten Betriebe mit 0 DM in Ansatz gebracht worden. Das steuerpflichtige Vermögen ist daher höher als das Betriebsvermögen nach Abzug der Lastenausgleichsabgaben. Es betrug am 1. 1. 1963

Steuerpflichtige nichtnatürliche Personen am 1. 1. 1963 nach Vermögensgruppe und Rechtsform  
- einschließlich Mindestbesteuerungsfälle -

Vermögensgruppe <sup>1</sup> in 1 000 DM	Steuerpflichtige			Betriebsvermögen			Steuerpflichtiges Vermögen	Jahressteuerschuld
	Anzahl	1960 = 100	%	Mill. DM	1960 = 100	%	Mill. DM	%
unter 20	191	81	11	2,4	68	0	2,1	0
20 - 30	519	121	29	7,3	107	1	11,1	1
30 - 40	120	105	7	4,3	103	0	4,1	0
40 - 50	97	108	5	4,5	98	0	4,3	0
50 - 70	155	132	9	9,1	123	1	9,0	1
70 - 100	100	110	6	8,9	105	1	8,5	1
100 - 250	265	145	15	44,2	137	4	41,4	4
250 - 500	118	113	7	44,7	100	4	42,3	4
500 - 1 000	84	145	5	61,5	142	6	59,1	6
1 000 - 2 500	60	103	3	101,7	100	9	95,1	9
2 500 - 5 000	34	200	2	126,0	205	12	120,5	11
5 000 - 10 000	16	107	1	126,3	121	12	117,5	11
10 000 und mehr	18	106	1	547,0	130	50	535,5	51
<b>Insgesamt</b>	<b>1 777</b>	<b>116</b>	<b>100</b>	<b>1 087,9</b>	<b>129</b>	<b>100</b>	<b>1 050,6</b>	<b>100</b>
davon								
AG, KG o. A.	67	112	4	296,5	100	27	280,4	27
GmbH	998	126	56	559,7	141	51	544,3	52
Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften	534	101	30	78,0	121	7	73,8	7
Versicherungsvereine o. G.	21	150	1	5,1	175	0	5,1	0
Kreditanstalten des öffentlichen Rechts	53	106	3	119,0	168	11	119,0	12
Sonstige nichtnatürliche Personen	104	120	6	29,5	223	3	28,0	3

1) nach dem Gesamtvermögen, bei Mindestbesteuerungsfällen nach dem Mindestvermögen

1,05 Milliarden DM, das sind 34% mehr als 1960. Hierauf wurde eine Jahressteuerschuld von 10,3 Mill. DM festgesetzt.

Gliedert man die steuerpflichtigen Körperschaften nach Vermögensgruppen, so tritt besonders die sehr starke Vermögenskonzentration in den oberen Vermögensgruppen hervor. 1% der Steuerpflichtigen in der höchsten Vermögensgruppe vereinigen 50% des gesamten Betriebsvermögens auf sich und haben 51% der Jahressteuerschuld zu tragen! Demgegenüber verfügen 40% der Steuerpflichtigen nur über ein Vermögen von weniger als 30 000 DM, vereinigen 1% des Betriebsvermögens auf sich und wurden mit 1% der gesamten Jahressteuerschuld belastet. Gegenüber der Vermögensverteilung der natürlichen Personen tritt die Zusammenballung der Vermögenswerte der Körperschaften in den oberen Gruppen besonders kraß zutage; in diese Gruppen fallen hauptsächlich die großen Vermögenswerte der Kapitalgesellschaften. Die Kapitalgesellschaft neigt viel stärker zur Konzentration als etwa die Einzelfirma oder die Personengesellschaft. Aber auch in den unteren Vermögensgruppen treten die nichtnatürlichen Personen relativ stärker hervor als die natürlichen. Dies ist jedoch vorwiegend darauf zurückzuführen, daß Körperschaften und sonstige nichtnatürliche Personen Freibeträge nicht in Anspruch nehmen können und die Kapitalgesellschaften gegebenenfalls zur Mindestbesteuerung herangezogen werden.

Die Gliederung nach Rechtsformen zeigt hinsichtlich aller in der Tabelle dargestellten

Merkmale die überragende Stellung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Ihr Anteil an der Zahl der Steuerpflichtigen, am Betriebsvermögen und an der Jahressteuerschuld beträgt jeweils mehr als die Hälfte. Offensichtlich erscheint diese Form der Kapitalgesellschaft in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und unter den zur Zeit geltenden rechtlichen Vorschriften als die risikoloseste und daher bevorzugteste. Die Zahl der steuerpflichtigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung nahm gegenüber 1960 um 26% zu. Das Betriebsvermögen stieg im gleichen Zeitraum um 41%. Auch die Zahl der Aktiengesellschaften ist um 7 auf 67 angestiegen. Ihr Anteil an der Zahl der Steuerpflichtigen bleibt aber weiterhin gering; er beträgt nur 4%. Diese 4% vereinigen 27% des Betriebsvermögens auf sich. Je Steuerpflichtigen ist damit das durchschnittliche Betriebsvermögen bei den Aktiengesellschaften am größten. Es betrug am 1. 1. 1963 je Aktiengesellschaft 4,43 Mill. DM, je Gesellschaft mit beschränkter Haftung 561 000 DM.

Gegenüber den Kapitalgesellschaften fallen die übrigen nichtnatürlichen Personen nicht sehr ins Gewicht. Der größte Teil von ihnen sind die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die jedoch hinsichtlich ihres Betriebsvermögens und der Steuerschuld nur geringe Bedeutung haben.

*Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer*

Vergleiche auch: "Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 378 (Dezember)

## Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt  
oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,  
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

## Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
<b>Gebiets- und Bevölkerungsstand</b>	
Höhenlagen	6/141
<b>Gesundheitswesen</b>	
Sterbefälle und Todesursachen	1/5
Tuberkulose 1964	8/172
<b>Unterricht, Bildung und Kultur</b>	
Schülerbewegung in den Volksschulen	4/76
Universität, 300 Jahre –	5/99
<b>Rechtspflege und öffentliche Sicherheit</b>	
Straffälligkeit 1963	3/54
<b>Erwerbstätigkeit</b>	
Berufspendler nach dem Zeitaufwand	6/124
Erwerbspersonen am Arbeitsort	2/45
Vertriebene in der Wirtschaft	6/142
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	
Erwerbsgartenbau, Produktionsstruktur –	7/158
Gartenbau, Betriebsstruktur im –	6/126
Mechanisierung Landwirtschaft	1/11
Milcherzeugung und -verwendung	4/78
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)</b>	
Kapitalgesellschaften	7/164
<b>Industrie und Handwerk</b>	
Handwerk, Beschäftigtenstruktur im –	9/202
Handwerk, Betriebsgrundstücke im –	8/190
Handwerk, Strukturveränderung –	6/136
Handwerkliche Nebenbetriebe	8/191
Handwerksbetriebe nach der Rechtsform	8/190
Wasserversorgung der Industrie	9/207
<b>Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen</b>	
Bauhauptgewerbe 1964	2/35
<b>Handel und Gastgewerbe</b>	
Ausfuhr 1962 und 1963	1/18
Einzelhandel 1964	7/167
Fremdenverkehr 1963 und 1964	2/41
Konsumgenossenschaften	8/188

## Verkehr

Güterverkehr Wasser 1963	4/86
Postleistungen 1964	6/143
Unternehmen des Verkehrs	9/196

## Öffentliche Sozialleistungen

Krankenstand 1949 bis 1964	5/116
----------------------------	-------

## Öffentliche Finanzen

Bauinvestitionen, Kommunale –	9/213
Einkommen, Veranlagte – 1961	2/31
Einkünfte der freien Berufe	4/90
Einkünfte der Unternehmer	7/151
Kraftfahrzeugsteuer 1964	1/4
Landeshaushalt 1965	3/51

## Preise

Baulandmarkt	3/58
Industrie, Erzeugerpreise in der –	9/210
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise –	4/94
Lebenshaltung, Preisindex für die –	7/148
Speisen und Getränke, Preise für –	1/21

## Löhne und Gehälter

Personalstruktur Gewerbe	3/66
Verdienststruktur gewerbliche Wirtschaft	8/178
Vermögensbildung der Arbeitnehmer	2/48

## Sozialprodukt

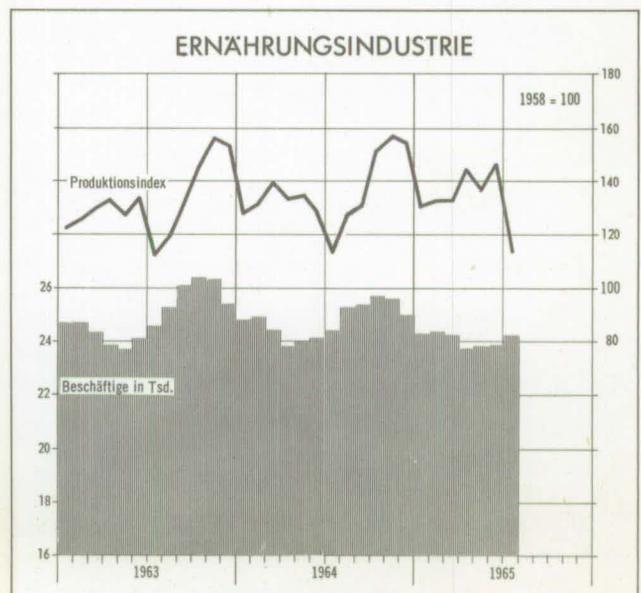
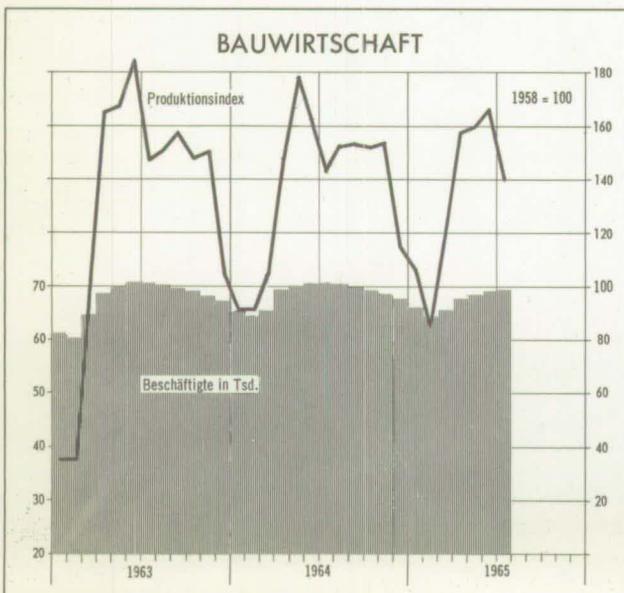
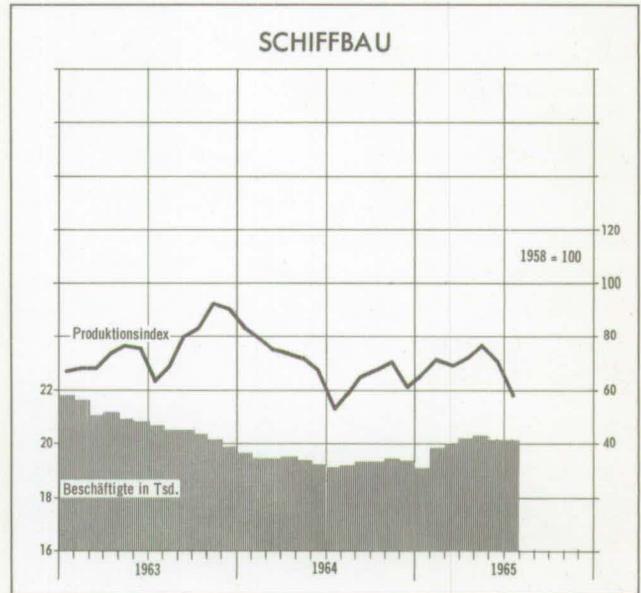
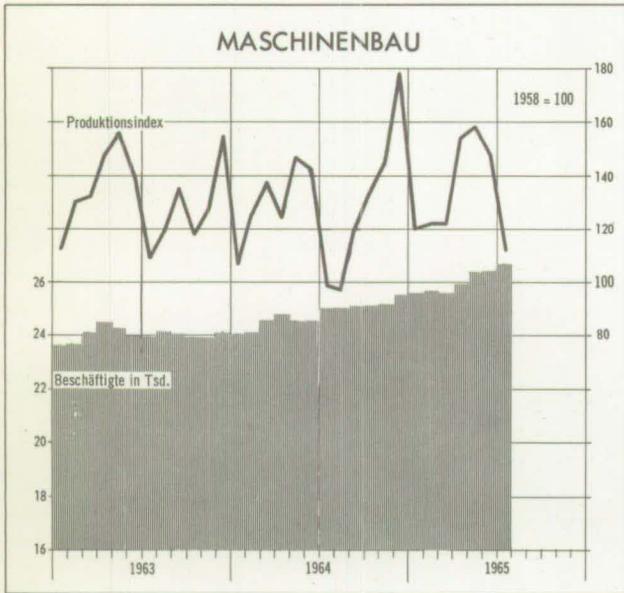
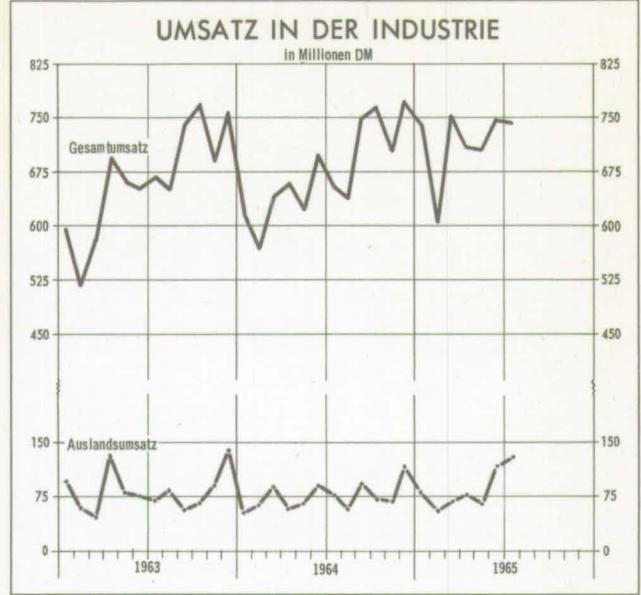
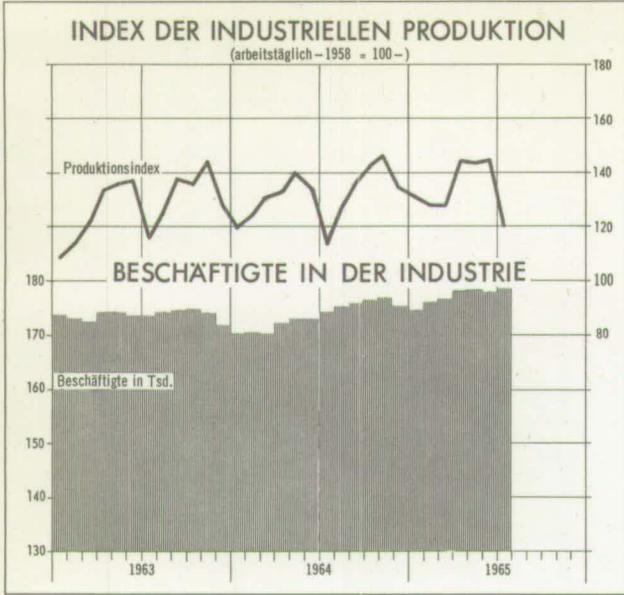
Bruttoinlandsprodukt der Kreise	2/28
Wirtschaftliche Leistung 1964	9/215

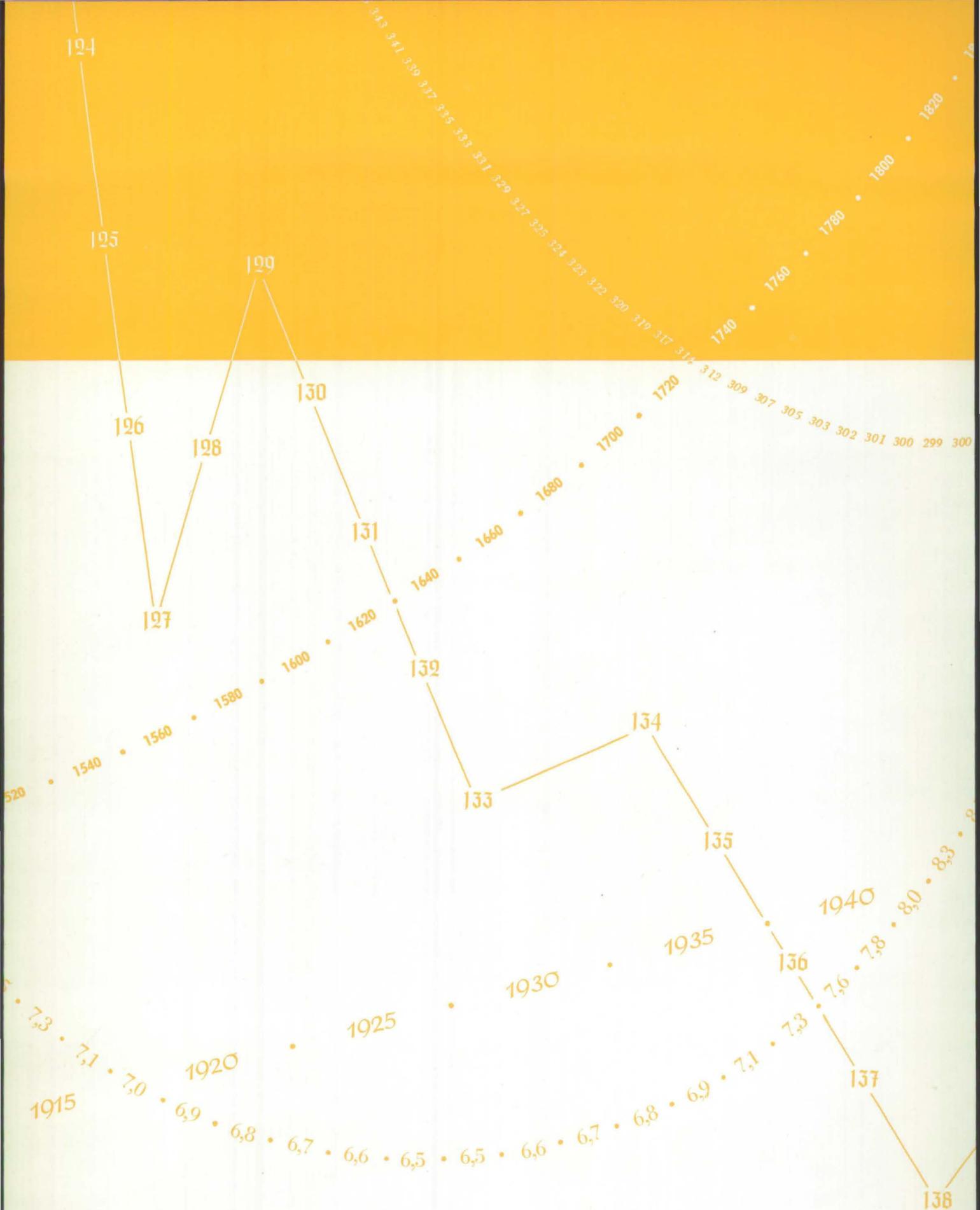
## Wirtschaftsstruktur

Wirtschaftsräumliche Gliederungen	5/103
-----------------------------------	-------

# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02  
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey  
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel  
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM  
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -  
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen